Hamburg, 29. November 1896. Nr. 48. 4. Jahrgang.

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3309.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: H. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 ₰.
Vergnügungs-Anzeigen 15 ₰, Versammlungs-Anzeigen und Stellenvermittelungen 10 ₰ pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

Zuzug ist streng fernzuhalten: Von Tischlern nach **Frankenthal** (Werkstätte von Bennighof), **Eisenberg i. S.-A.** (sämmtliche Etuisfabriken); von Möbelschreinern und Bildhauern nach **Frankfurt a. M.** (Hofmöbelfabrik von Schneider & Hanau); von Drechslern nach **Furtwangen** (Firma Clock & Co.) Uhrgehäusefabrik; von Bürstenmachern, Bohrern, Drechslern und Polirern nach **Todtnau i. Wiesenthal** (Fabrik Faller); von Schreinern und Parkettbodenlegern nach **Tübingen** (Geschäft von G. Schmidt); von Bürstenmachern nach **Barmen** (Werkstätte von B. Wolff)

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle streichen wir die Orte ohne Weiteres. **Die Red.**

Verkürzung der Arbeitszeit und Akkordarbeit.

Die Akkordarbeit beruht auf der größeren Ausnutzung der menschlichen und maschinellen Arbeitskraft. Die Akkordarbeiter sind in dem Wahne, daß, je mehr sie arbeiten, desto mehr sie verdienen. Abgesehen von einzelnen wenigen Fällen trifft dies garnicht zu, denn im Allgemeinen merkt man nichts davon, daß sie den Zeitlohnarbeitern gegenüber materiell besser gestellt sind. Die im vorigen Jahre für das Jahr 1893 zusammengestellte Statistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes*) zeigt z. B., daß der Akkordlohn gegenüber dem Zeitlohn bei den Bürstenmachern um 4,3 pZt., bei den Drechslern sogar 7,2 pZt. niedriger ist, bei den Stellmachern sich nur um 1,6 pZt., bei den Tischlern um 1,7 pZt. höher stellt, als Zeitlohn, im Durchschnitt auf die vier Berufe vertheilt nur um 0,3 pZt. Ein noch ungünstiger für die Akkordarbeit sprechendes Zeugniß enthält die Spezialstatistik für Drechsler.**) Dort heißt es Seite 15, daß die 1212 Akkordarbeiter zusammen M. 20 395,69, der Einzelne M. 16,83, 476 Lohnarbeiter zusammen M. 8601,98, der Einzelne also M. 18,07 pro Woche verdient haben. Der Verdienst des Lohnarbeiters also um M. 1,24 pro Woche höher ist, als der des Akkordarbeiters.

Diese Nachweise ließen sich auch bei anderen Berufsgruppen beliebig erbringen, denn die Akkordarbeit hat sich eben überall mehr oder weniger eingebürgert, weil ihr Vortheil für die Unternehmer nur zu durchsichtig ist. Daß sie Akkord einführen, geschieht sicher nicht aus dem Grunde, um den Arbeitern einen größeren Verdienst zuzuwerden, sondern einzig ihres eigenen Vortheils willen. Der Unternehmer weiß recht wohl, daß die Arbeiter ihren standard of life, d. h. ihre Lebenshaltung, gerne verbessern wollen, und er weiß daher, daß sie zu jedem annehmbaren Mittel greifen, dies zu vollbringen; zum großen Theile sind die Arbeiter leider aus mancherlei Anlässen gezwungen, dies zu thun. Ob dies Mittel, das der Unternehmer ihnen in Form der Akkordarbeit anbietet, auch wirklich die erhofften Vortheile bringt, ist eine Frage, die ihn nicht kümmert, er weiß, daß der Arbeiter seine ganze Kraft einsetzt, um ein Mehr zu verdienen, ob er in wenigen Jahren infolge der Ueberanstrengung zu Grunde geht, sind nicht seine Bohnen, denn Arbeitskräfte, die leider eben so verblendet sind, sind in Hülle und Fülle zu haben. Häufig genug kommt es ja vor und jeder Arbeiter weiß das auch aus eigener Erfahrung, daß, wenn bis Dato bei einem Arbeitgeber wirklich Lohnarbeit üblich war und die Arbeiter eine Lohnerhöhung forderten, ihnen dieselbe abgelehnt, aber der Vorschlag gemacht wurde: „Sie können ja in Akkord arbeiten;" wollen die Arbeiter dies nicht, können sie entweder gehen oder müssen zu dem bisherigen Lohnsatz weiter arbeiten. Nicht selten aus verschiedenen Gründen wird auch eine Lohnreduzirung geplant; da der Arbeitgeber aber weiß, daß die Arbeiter doch selten damit einverstanden sind, wird er in Akkord arbeiten lassen, vorausgesetzt, daß die Art der Arbeit oder die Betriebsweise Akkordarbeit zuläßig erscheinen läßt.

Viele Arbeiter haben leider immer noch nicht die Schäden der Akkordarbeit eingesehen, ja betrachten die Akkordarbeit der Lohnarbeit gegenüber noch sogar als eine Wohlthat. „Wir verdienen mehr und — sind unser eigener Herr", hört man mit gewisser Emphase sagen, aber sehr mit Unrecht. Die „Freiheit" des Akkordarbeiters ist „für die Katz". An Pünktlichkeit ist er genau so gebunden wie der Lohnarbeiter und an rastlose Thätigkeit nicht minder. Aufpasser können freilich bei ihm gespart werden, denn er treibt sich selber an; der Akkordpreis ist eben so bemessen, daß er die Hände rühren muß, wenn er einige Pfennige über seinen früher gehabten Lohn verdienen will, und das muß, oder richtiger müßte er mindestens verdienen, da die Wiederersetzung des anormalen Kräfteverbrauchs einen größeren Aufwand an Nahrungsmitteln erfordert.

Es ist nicht unsere Absicht, alle die Nachtheile, welche die Akkordarbeit für den Einzelnen im Gefolge hat, hier aufzuführen, das ist unsererseits wiederholt geschehen, vielmehr möchten wir die Aufmerksamkeit der Kollegen auf zwei Punkte lenken, die von der Akkordarbeit wesentlich beeinflußt werden: die Verkürzung der Arbeitszeit und Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Seit Jahren erstreben die Arbeiter aller Länder, die Arbeitszeit auf acht Stunden zu beschränken, in der Erkenntniß, daß auch Raum für Diejenigen geschaffen werde, für die der Tisch infolge Arbeitslosigkeit nicht gedeckt ist. Der internationale Arbeiterkongreß in Brüssel im Jahre 1892 erkannte in einer Resolution über die Akkordarbeit gleichfalls an, daß dies fluchwürdige System intensiver Ausbeutung mit allen gutdünkenden Mitteln beseitigt werden müsse, weil es das Elend und die Armuth unter den Arbeitern immer mehr vergrößere. Damit war nichts Anderes gesagt, als daß neben der eigenen unerhörten Ausbeutung auch unzählige Andere leiden, die aber auch ein Recht zu leben haben. Es steht nun zweifellos fest, daß der Zeitlohnarbeiter mehr an der Innehaltung der Arbeitszeit interessirt ist, als der Akkordarbeiter, weil in diesem der Stücklohn den Trieb weckt, die Arbeitszeit zu überschreiten, denn je mehr Stücke er liefert, desto mehr verdient er. Das ist seine Kalkulation, wenn er auch nach Jahren, und leider zu spät einsieht, daß er den Kürzeren dabei gezogen hat.

An den tausenden Ueberstunden, die jährlich gemacht werden, sind die Akkordarbeiter zum übergroßen Theile partizipirt; durch diese Ueberstunden wird aber einer ganzen Reihe Arbeiter die Arbeitsgelegenheit entzogen, wie dies durch die übermäßige intensive Akkordarbeit überhaupt geschieht. Jeder Kollege, der vorurtheilslos und objektiv darüber nachdenkt, wird zu dem gleichen Schlusse kommen. Wenn wir sagten, daß durch Verkürzung der Arbeitszeit weitere Arbeitsgelegenheit geschaffen werden soll, so kann dies nur geschehen, wenn die Akkordarbeit eingeschränkt resp. beseitigt wird, sonst wird dies eine reine Unmöglichkeit sein; denn jede Konzession, welche die Arbeitgeber bezüglich einer kürzeren Arbeitszeit machen, stützt sich neben der größeren Ausnutzung aller möglichen technischen Hülfskräfte auf die größere Leistungsfähigkeit, vornehmlich der Akkordarbeiter. Der Unternehmer wird einer Forderung auf Arbeitszeitverkürzung kaum große Schwierigkeiten entgegensetzen, wenn in einer kürzeren Arbeitszeit das gleiche Arbeitsquantum geliefert wird, wie früher in einer längeren; im Gegentheil wird er sofort zugreifen, wie eine ganze Reihe von Fällen beweisen.

Der englische Fabrikant William Mather, welcher am 20. Februar 1893 die 8stündige Arbeitszeit einführte, sagte nach Ablauf des Probejahres, daß die Akkordarbeit für ihn Gegenstand eines besonderen Interesses gewesen sei. Vielfach habe man behauptet, daß die Akkordarbeiter bereits das Möglichste in der Arbeitsleistung gethan hätten, und für sie daher die Arbeitszeitverkürzung um 5 Stunden pro Woche einen Lohnausfall von 10 pZt. die Woche bedeuten würde. Das sei aber nicht eingetreten; er habe selbst gestaunt, daß die Differenz nach dem Probejahre im Verhältniß zu den früher gezahlten Löhnen nur 0,5 pZt. betragen habe.

Der sonst sicher eingetretene Ausfall am Verdienst ist also durch größere körperliche Anstrengung wett gemacht worden.

Der Direktor Heidler vom Rothauer Eisenwerk sagt gleichfalls, daß „der Akkordlohn infolge Einführung des Achtstundentages nicht erhöht wurde", die Arbeiter also, wenn sie den gleichen Verdienst wie bisher erzielen wollten, mußten nothwendig ihrer Körperkraft eine größere Leistung zumuthen. Das Unternehmen hat keinen Nachtheil, sondern noch einen Vortheil gehabt. Wörtlich sagt dazu Herr Heidler: „Dagegen nimmt der Kohlenverbrauch sowie der Verbrauch an Schmiere, Putz- und Beleuchtungsmaterial wesentlich **ab**, wodurch eine Verbilligung des Produkts erreicht wird". Und das Alles auf Kosten der größeren Ausnutzung und Schinderei der Akkordarbeiter.

Auch der in der Presse schon oft genannte Fabrikant Heinrich Freese*) (Berlin) sagt, „daß in seiner Fabrik mit wenig Ausnahmen nur in Akkord gearbeitet wird, und daß er wiederholt bemerkt habe, daß, wenn er in der todten Saison die Arbeitszeit beträchtlich verkürzen mußte, um ein allzustarkes Anwachsen der Vorräthe zu verhindern, diese Maßregel beinahe erfolglos blieb. Die Arbeiterschaft, in dem Wunsche, in ihrem Standard of life nicht zurückzugehen, habe durch einen Mehraufwand von Kraft die beabsichtigte Reduktion zu nichte gemacht.

Das sind so einzelne Beweise, die beliebig vermehrt werden könnten, dafür, daß die Verkürzung der Arbeitszeit, zum Zwecke der Schaffung von Arbeitsgelegenheit, immer illusorisch gemacht wird durch die leidige Schaffenskraft der Akkordarbeiter.

Wir bekämpfen also die Akkordarbeit nicht allein um ihrer geradezu verderblich wirkenden Tendenz an Leben und Gesundheit der Arbeiter, sondern auch ihres im wirthschaftlichen Leben sich so überaus traurig fühlbar machenden reaktionären Charakters wegen. Wenn die Arbeiterschaft den Achtstundentag fordert, Himmel und Hölle für seine Einführung in Aufruhr bringt, dann will sie sicher nicht, daß die Produktion eingeschränkt wird, wo doch so unzählige Bedürfnisse zu befriedigen sind, sondern sie will, daß dieselbe erweitert werde, daß aber auch zu diesem Zwecke alle Die, welche arbeits- und subsistenzlos in der Welt umherirren, dem Hunger und Elend sammt ihren Familien überantwortet sind, an dieser Produktion theilnehmen und auch die Früchte ihrer Arbeit genießen sollen.

Soll also die Forderung des Achtstundentages nicht blos leeres Geschwätz sein, sondern will man ernstlich, daß sie verwirklicht werde, dann muß neben der

*) Die Lage der deutschen Holzarbeiter, Ergebniß statistischer Erhebungen für das Jahr 1893.

**) Zur Lage der deutschen Drechslerarbeiter. Nach statistischen Erhebungen aus dem Jahre 1892. Diese Broschüre können Mitglieder des Verbandes unentgeltlich von uns erhalten. D. R.

*) „Fabrikantensorgen!" Von Heinr. Freese. Verlag von M. Wilkens in Eisenach. 66 Seiten, Preis M. 1.

Schaffung starker gewerkschaftlicher Organisationen, die überall Propaganda für dieselben machen, und neben der Förderung durch die Gesetzgebung auch die Akkordarbeit in Erwägung gezogen und allüberall der Kampf gegen dieselbe aufgenommen werden. Mit ihrer Beseitigung schwindet der Egoismus und macht der Solidarität Raum; und wenn diese der Arbeiterschaft innewohnt, bangt's uns nicht um die baldige Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. Sie wird und muß kommen, ohne Rücksicht auf etwaige Minderung der Produktion, ohne Rücksicht auf das Unternehmerinteresse und dessen Geldbeutel.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Fr. L. Die steigende Arbeitslosigkeit ist der bürgerlichen Gesellschaft zum drohenden Verhängniß geworden. Der sozialpolitische Optimismus als leitender Ausgangspunkt ideologischer Humanitätsduselei verliert durch das ständige Wachsen jener Riesenzahlen der industriellen Reservearmee nicht nur die nöthige Argumentationskraft, sondern beladet sich selbst, angesichts der fortwährenden Konflikte, mit dem Fluche der Lächerlichkeit, denn bei allen zur Verschönerung unseres wirthschaftlichen Zeitalters dienenden Veranstaltungen vermag man jenes drohende Schreckgespenst nicht loszuwerden, das im grauen Hintergrunde der realen Wirklichkeit lauert, periodenweise hervortritt und die Gesellschaft an ihren gährenden Zersetzungsprozeß erinnert. Das Streben, welches man demgemäß gegenwärtig in den offiziellen Kreisen zum Zwecke der erfolgreichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an den Tag legt, ist daher begreiflich. Die steigende Angst, die man in theilweise richtiger Erkenntniß über den Grund der wachsenden Unzufriedenheit an den Tag legt, und die Befürchtung vor etwaigen Verzweiflungsakten der aller materiellen Mittel Entblößten andererseits, veranlassen die Herrschenden, nach einem allerdings angenehmen Ausweg aus dem verworrenen ökonomischen Zustand zu suchen. Daß dieser Ausweg allerdings meist mit Dornen bestreut und mit vielen die Behaglichkeit störenden Hindernissen verbunden sein dürfte, beweist am kräftigsten der Umstand, daß man bis heute grundsätzlich alle jene historischen Momente verschmähte, die zur Erforschung der ursächlichen Grundlagen der erwähnten zu bekämpfenden sozialen Erscheinung dienten, und sich lediglich mit billigen Auskunftsmitteln begnügte, was die Thatsache erklärt, daß bis heute in Deutschland eine Statistik der Arbeitslosen durch Staats- oder Kommunalbehörden nur in sehr beschränktem Umfange und mit völlig unzureichenden Mitteln ausgeführt wurde. Die Statistik, als eine für die Sozialpolitik unentbehrliche Wissenschaft, wurde aber nicht nur mit jener bekannten Vogel-Straußklugheit in hartnäckiger Weise gemieden, sondern man setzte von Seiten der Regierung einen zum Mindesten passiven Widerstand entgegen, wenn im eigenen Interesse die Gewerkschaften eine diesbezügliche Aktion unternahmen. Wir erinnern hierbei nur an die 1891 erfolgte Ablehnung des Hamburger Senats, dem von einer Arbeitslosenversammlung ein detaillirter Plan behufs Feststellung des Umfanges der Arbeitslosigkeit vorgelegt wurde, während etwa ein Jahr später die Dresdener Polizeibehörde, unter Billigung des Ministeriums des Innern, eine statistische Erhebung mit der ewig denkwürdigen Begründung verbot, weil durch eine derartige Aktion das Publikum belästigt würde!!! Dem gegenüber scheint erst gegenwärtig von der österreichischen Regierung ein dankenswerthes Entgegenkommen dadurch an den Tag gelegt zu werden, daß dieselbe vor einigen Wochen mit dem Ansinnen an die Gewerkschaftskommission herantrat, diese möge statistische Erhebungen über Arbeitsvermittelungen auf Staatskosten bewerkstelligen.

Nichtsdestoweniger scheinen aber bürgerliche Sozialpolitiker dennoch schon längst von der Nothwendigkeit der Lösung der Arbeitslosenfrage durchdrungen zu sein, und die Vorschläge, die von dieser Seite kamen, gipfeln in den mannigfachsten Variationen. Einen der beachtenswerthesten Vorschläge finden wir dargelegt von dem schweizerischen Sozialpolitiker Professor G. Adler, die Dr. J. M. Bonn in der „Zeit" folgendermaßen erläutert: „Die Bekämpfung der Betriebslosigkeit wird nach Professor Adler in dreifacher Weise versucht: Durch Armenpflege, durch Selbsthülfe, durch Sozialreform. Die erste Art der Behandlung der Betriebslosigkeit geht von der verträumt idealistischen Auffassung aus, daß Jeder, der arbeiten wolle, Arbeit finden könne. Sie kann, da ihre Grundlage unzutreffend ist, keinesfalls als befriedigend anerkannt werden. Die Vertreter der Selbsthülfe, deren hervorragendster Professor Lujo Brentano ist, befürworten die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit durch die Gewerkvereine. Die Anhänger der Sozialreform, und zu ihnen zählt Professor Adler, wünschen als wirksames Mittel die obligatorische, die allgemeine Zwangsversicherung.

Von der Armenversorgung als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit abgesehen, erscheint wohl Vielen eine staatliche Monopolversicherung schon deshalb als das geeignetste Mittel, weil der Staat als soziale Gemeinschaft die sittliche Pflicht haben müsse, für das Fortkommen Derer zu sorgen, denen die Gesellschaft die Arbeit versagt. So sehr nun ein solches, von rein gerechten und moralischen Gesichtspunkten geleitetes Ansinnen zu billigen wäre, stellen sich bei praktischer Durchführung des Planes bis jetzt durchaus nicht bewältigte Schwierigkeiten in den Weg; die am nächsten liegende Möglichkeit, daß sich der Staat darauf beschränke, die Arbeitslosenversicherung obligatorisch zu erklären und die Beitragsleistung allein den Versicherungsnehmern aufzubürden, würde, von kleineren Schwierigkeiten abgesehen, eine so enorme Belastung für die Arbeiter im Gefolge haben, die als neue, für die Dauer unerträgliche Bedrängniß empfunden würde. Die Form, unter der eventuell auch der Arbeitgeber zur Beitragsleistung gezwungen oder der Staat selbst, ähnlich wie bei bereits bestehenden sozialreformatorischen Maßnahmen, einen Theil der Kosten übernehmen würde, ließe sich schließlich bei einiger Sorgfalt akzeptiren, wenn wir nicht mit jenen ängstliche Sorgfalt heischenden Bedingungen zu rechnen hätten, unter denen der unvermeidliche Klassenkampf geführt wird. Haben wir es mit einer staatlichen Versicherung zu thun, so wäre gleichsam im Vornherein jedem Streik die Spitze abgebrochen, da man dem Klassenstaat eine Parteinahme durch stillschweigende Unterstützung solcher zum Zwecke der Erreichung bestimmter Forderungen außer Arbeit getretener Elemente nicht zumuthen könne. Auch das Projekt Professor Adler's will die Unterstützung jener Personen abgelehnt wissen, die infolge von Arbeitsstreitigkeiten ihre Stelle aufgegeben haben. Man sieht, es handelt sich hier um eine bedeutsame Schwierigkeit, die bei der praktischen Durchführung dieses Vorschlages nicht zu überwinden ist.

Von diesen allgemeinen hindernden Gesichtspunkten abgesehen, ergiebt sich ein weiterer vom Standpunkte der modernen Klassenbewegung bedeutsamer Einwand, der nicht zu ignoriren ist. Jede den Stempel kapitalistischer Humanität an sich tragende Einrichtung, die bestimmt, die sozialen Schäden in ihren speziellen Erscheinungsformen zu mildern oder zu verbergen, ist als verderbliches Mittel der Täuschung zu verwerfen, weil man, ähnlich den kapitalistischen Befürwortern selbst, lediglich einer irrigen Auffassung über das Wesen des Klassenstaates Vorschub leistet. Mit einem derartigen sozialpolitischen Taschenspielerkunststück begeben wir uns zugleich eines der wirksamsten Mittel zum Zweck. Jede der bürgerlichen Gesellschaft einen humanen Charakter verleihende Aktion muß im Interesse einer stets obwaltenden Klarheit abgelehnt und mit dem nöthigen nüchternen Bewußtsein erkannt werden. Der Einwand, daß dem Staate von Rechts wegen die thunlichste Fürsorge für seine Mitglieder zustehe, mag insofern als selbstverständlich gelten, als nicht durch eine etwa in dieser Richtung unternommene Scheinreform der Klassencharakter der modernen Gesellschaft verhüllt und für die ungenügend unterrichtete Masse der Glaube an die Unübertrefflichkeit der bestehenden Ordnung erweckt wird.

Nach der Unzweckmäßigkeit dieser Vorschläge bleibt uns schließlich nur noch die geregelte Unterstützung durch die Gewerkschaften, gegen die man allerdings die mannigfachsten Einwände in's Treffen führte. Allein das Argument, man dürfe die Gewerkschaften zu keinen Versicherungsanstalten ausbauen, darf keineswegs den Grund zu einem vorzeitig ohne genaue Erwägung der vorhandenen Umstände gefaßten Urtheile bilden. Man mag oft die naheliegendsten Gründe, die für eine geregelte, durch die Gewerkschaften gewährleistete Unterstützung sprechen, als hohle Scheinargumente verwerfen, so steht dennoch fest, daß gerade die Wahrheit nahe, im anscheinend Unzweckmäßigen liegt.

Die so oft vorgeführte Thatsache, daß durch eine vorhandene Aussicht auf geregelte Unterstützung bei eintretender Entlastung der Gewerkschaftsvereine Zugkraft für die uns noch Fernstehenden erhält, hat zum Mindesten ein Körnchen Wahrheit an sich, die aber erst dann volle Würdigung findet, wenn die Nothwendigkeit einer gemeinsamen Aktion, sei es zur Abwehr oder zur Erreichung bestimmter Forderungen, hervortritt. Da, wo in Ermangelung einer Aussicht auf geregelte Unterstützung nur muthloses Zaudern und Zagen jede Nothwehr verhindert, tritt die stramme Disziplin einer sich im Bewußtsein ihres solidarischen Charakters wiegenden Klasse. Aber auch das Eroberte selbst erhält sich durch den Gedanken an eine bestimmte materielle Unterstützung im Falle der Nothwendigkeit besser. Und bei uns handelt es sich doch nicht allein darum, Positionen zu erobern, sondern auch darum, das Eroberte zu behaupten. Und gerade das ist ungleich schwieriger als der Sturm selbst. Langsam, fast unmerklich, bröckelt Stück um Stück, von dem ab, was man errungen, und zum Schlusse sind oft die alten Verhältnisse wieder da, ohne daß man weiß, wieso es gekommen. Will man also solche unliebsame Ueberraschungen vermeiden, dann ist es nothwendig, die Möglichkeit der genauen Beobachtung zu schaffen, man muß im Stande sein, auf dem Laufenden zu bleiben. Woher droht da eine größere Gefahr, besonders in den Zeiten des wirthschaftlichen Niederganges, als gerade von Seiten der Arbeitslosen?

Man sieht, es rollt sich eine gewaltige Zahl beachtenswerther Momente auf, die mit diesen einfachen Hinweisen noch lange nicht annähernd erschöpft wären. Die Aufgabe, die man mit der Unterstützung den Gewerkschaften zuweist, ist keine rein bürgerliche, sondern, in Erwägung jener hier nur angedeuteten Gesichtspunkte, eine proletarisch-revolutionäre. Es mag selbstverständlich sein, daß dem Staate die thunlichste Fürsorge für seine Mitglieder als heiligste Pflicht zustehe, welche aber von unserem Standpunkte bezüglich einer Arbeitslosenversicherung nur in der Gewährleistung „des Rechtes auf Arbeit" akzeptirt werden kann. So lange dieses aber dem Staate eine Unmöglichkeit dünkt, weil er eben Klassenstaat ist, wäre eine in dem schon erwähnten Sinne eingeführte Versicherung ein lendenlahmes Palliativmittel, ähnlich der bürgerlichen Sozialreform im Allgemeinen, die im Interesse einer aufsteigenden Klassenbewegung zurückgewiesen werden muß.

Die Straßburger Schreiner und ihre Arbeitgeber.

Wie schwer es hält, die hiesigen Kollegen für Aufbesserung ihrer Lebenslage zu interessiren, kann nur der beurtheilen, der Gelegenheit hatte, seit Jahren den unverantwortlichen Indifferentismus der Arbeiter zu beobachten. Wir würden dankbar sein, möchte uns Jemand auch nur ein Mittel nennen können, das geeignet wäre, die Straßburger Kollegen aus ihrer Schlafmützigkeit aufzurütteln. Im vorigen Monat fand eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Warum müssen wir uns organisiren", ferner: „Bericht der Lohnkommission." Leider waren von den 1300 hier arbeitenden Kollegen ganze 50 erschienen. Wahrhaftig, da könnte einem die Lust vergehen, noch einen Schritt zu thun, ja, blutige Thränen könnte man weinen, ob der unerhörten Gleichgültigkeit unserer Berufsgenossen; man könnte sie aufrichtig bedauern, diese Kollegen, die unbekümmert um das, was um sie her passirt, ruhig fortwursteln, sich schinden und plagen, ungemessene Zeit für elende Hungerlöhne arbeiten und keinerlei Verständniß und keine Neigung zeigen, ihr elendes Dasein zu verbessern.

In obiger Versammlung versuchte dann der Referent, dem kleinen Häuflein Anwesender die Vortheile der Organisation vor Augen zu führen, ihnen zu zeigen, wie sich überall die Kollegen organisiren; aber auch die Arbeitgeber nicht zurückständen, sondern unermüdlich an der Einigungsarbeit thätig seien. Das sollte auch den hiesigen Kollegen ein Ansporn sein, nicht länger abseits zu stehen, sondern sich den organisirten, um eine Besserung ihrer Lebenslage kämpfenden Mitarbeitern anzuschließen. Aber auch dringend erforderlich sei es, daß die Verbandsmitglieder sich mehr um ihre eigenen Interessen kümmerten; leider zeuge der Besuch nicht gerade davon, daß die 200 Verbandsmitglieder den Zweck ihrer Mitgliedschaft begriffen hätten, das müsse eben anders werden. Der Vorsitzende der Lohnkommission berichtete, daß sich dieselbe an die Arbeitgeber um eine Besprechung gewandt, aber erfahren habe, daß diese am beabsichtigten Abend ebenfalls eine Versammlung abhalten wollten. Die Kommission habe am 11. Juni brieflich angefragt, ob sie sich zu der Verhandlung der Meister einfinden könne, um mit ihnen Rücksprache zu nehmen. Darauf kam der Brief mit folgender Antwort zurück:

Der Kommission der Arbeitnehmer theilen die vereinigten Arbeitgeber mit, daß noch kein endgültiger Beschluß gefaßt worden ist, und reserviren sich, denselben der Kommission in einigen Tagen mitzutheilen.

Für die vereinigten Arbeitgeber:
Der Vorstand.
Im Auftrage: F. Bosch.

Später, als der Vorsitzende der Lohnkommission um eine bestimmte Antwort ersuchte, traf folgende Antwort ein:

Straßburg, 26. Juni 1896.

An die Commission der Schreinerarbeiter, hier.

Ich theile Ihnen im Namen des Vorstandes der vereinigten Schreinermeister mit, daß in der gestrigen Hauptversammlung beschlossen wurde, auf keinerlei Forderungen der Schreinerarbeiter einzugehen.

Es soll in jeder Werkstätte die bisher eingeführte Arbeitszeit zu den jetzt bestehenden Löhnen beibehalten werden.

In Anbetracht der Verkaufspreise der auswärtigen Konkurrenz würde unter den jetzigen Verhältnissen eine Erhöhung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit eine Lähmung der Konkurrenzfähigkeit des Gewerbes bewirken, die für die hiesigen Interessenten, sowohl die Meister als auch die Gesellen, von den schlimmsten Folgen sein würden.

Im Auftrage des Vorstandes:
F. Bosch.

Wie die Kollegen aus der Antwort ihrer Herren Arbeitgeber entnehmen können, ist keinerlei Entgegenkommen von ihnen zu erwarten, und es wird einzig von der Organisation der Schreiner, von ihrem einigen Zusammenhalten und vornehmlich von ihrem ernsten Willen abhängen, ob sie überhaupt noch eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wünschen, oder ob sie schließlich zum Kulithum herabsinken wollen. Die Herren Meister beginnen schon jetzt, den Arbeitern ihre Uebermacht fühlen zu lassen, indem sie den Bevollmächtigten der Zahlstelle maßregelten. Nun, deshalb geht dieselbe nicht zu Grunde, und die Herren täuschen sich, wenn sie dies glaubten. Wenngleich der Kollege in Straßburg keine Arbeit mehr haben sollte, so hat er trotzdem solche gefunden, und zwar bei einem Arbeitgeber, der ihn gut brauchen kann und nach den Herren Meistern nichts zu fragen hat. Wir richten nun an die Kollegen am Orte nochmals in ihrem eigensten Interesse die dringende Mahnung, sich

dem Verbande anzuschließen, und an die Mitglieder die, doch die Versammlungen zahlreich zu besuchen und stets neue Kämpfer für Schaffung einer besseren Existenz zu werben, so daß wir in die Lage kommen, im nächsten Jahre, gestützt auf eine starke Organisation, ohne Kampf einen Sieg erringen zu können. Wir bitten schon heute die auswärtigen Kollegen, Straßburg nicht zu überlaufen, damit die Arbeitgeber angesichts des Zuzugs Fremder nicht übermüthig werden und uns Schwierigkeiten bereiten. Hoch die Solidarität, hoch die Organisation der deutschen Holzarbeiter!

Höhere Beiträge.

Die Zahlstelle Güstrow beschloß mit 23 gegen 3 Stimmen die Erhöhung auf 20 ₰ pro Woche.

Auch die Zahlstelle Marburg stimmte für 20 ₰, will aber den Fortfall der Streikmarken und Beibehaltung der 35 pZt. für die Lokalkasse wie bei dem 15 ₰-Beitrag.

Kollege J. Konrad in Rathenow tritt für Erhöhung auf 20 ₰ ein und glaubt, daß es mit dem Lamento in der Zeitung nun bald aufhören könne, denn je länger die Diskussion dauere, umsomehr würden die Wankelmüthigen in ihrer Annahme bestärkt, der höhere Beitrag führe zum Ruin des Verbandes. Die baldige Vornahme einer Urabstimmung sei dringend nöthig.

Die Mitglieder der Zahlstelle Osterode a. H. erklärten sich einstimmig für Erhöhung der Beiträge auf wöchentlich 20 ₰.

Die Zahlstelle Kassel beschloß in einer gut besuchten Mitgliederversammlung auf Antrag des Kollegen Dettmering, den Beitrag auf 20 ₰ zu erhöhen. Ferner soll aus Sparsamkeitsrücksichten kein außerordentlicher Verbandstag einberufen, sondern durch Urabstimmung über alle Anträge, welche im Rahmen der Beitragserhöhung liegen, entschieden werden. Ein fernerer Antrag: Falls die Erhöhung beschlossen wird, sollen die Lokalprozente nur von 15 ₰ berechnet werden, fand, wie der vorstehende, einstimmig Annahme. Mit Majorität wurde dann noch beschlossen, die Streikmarken wegfallen zu lassen.

Die Zahlstelle Oldesloe erklärte sich mit 10 gegen 4 Stimmen für eine Erhöhung auf 20 ₰ und Fortfall der Streikmarken.

Die Zahlstelle Ratingen beschloß, „vom 1. Januar 1897 ab die Beiträge auf 20 ₰ zu erhöhen. Für eine Erhöhung erklärte sich einstimmig auch die Zahlstelle Aprerade.

Die Zahlstelle Alfeld a. d. L. beschloß in einer der letzten gut besuchten Versammlungen mit großer Majorität, den Beitrag auf 20 ₰ pro Woche zu erhöhen, einige Kollegen stimmten für 25 ₰. Wir ersuchen daher den Vorstand um Vornahme einer Urabstimmung.

Von 27 in der Mitgliederversammlung in Charlottenburg anwesenden Mitgliedern stimmten 11 für 25 ₰, 9 für 20 ₰ und 27 für den bisherigen Beitrag von 15 ₰. Für das letztere entschloß sich auch die Zahlstelle Driesen.

Die Zahlstelle Eisenberg tadelt den Beschluß des Vorstandes und hofft, daß den Mitgliedern, die eine Urabstimmung wünschen, Rechnung getragen werde.

Die Zahlstelle Potsdam erklärt sich für eine Erhöhung der Beiträge auf 20 ₰. Desgleichen die Zahlstelle Pasewalk; außerdem protestirt dieselbe gegen den Beschluß des Vorstandes und verlangt, daß unbedingt eine Urabstimmung vorgenommen werde.

Die Mitglieder der Zahlstelle Cannstadt stimmten in ihrer Mehrheit gegen höhere Beiträge, sprachen sich aber dafür aus, daß, wenn es sein müsse, sie jederzeit quartalweise, wie jetzt z. B., einen höheren Beitrag zahlen würden, jedoch wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die erhöhten Beiträge dann im zweiten und dritten Quartal erhoben werden möchten.

Kollege G. May (Knopfarbeiter) in Breslau spricht sich in einem längeren ausgezeichneten Aufsatz gegen Erhöhung der Beiträge aus. Er will, daß zunächst organisirt und nach Kräften agitirt werde; durch die größere Zahl der gewonnenen Mitglieder erhöhe sich auch der finanzielle Stand des Verbandes; man solle den Beitrag von 15 ₰ beibehalten, desgleichen durch freiwillige Opfer die Verbandskasse stärken und wir kämen weiter, als wenn durch erhöhte Beiträge die Indifferenten abgestoßen würden.

Kollege E. Niclas in Offenbach ist für höhere Beiträge und bedauert, daß durch den Vorstandsbeschluß die Sache wieder auf die lange Bank geschoben ist.

Kollege R. Trinks in Görlitz spricht sich im Sinne der in der Mitgliederversammlung gefaßten Beschlüsse, also gegen Erhöhung der Beiträge aus. Er will, daß das Hauptgewicht auf die Agitation gelegt werde, um die dem Verbande noch Fernstehenden für denselben zu gewinnen.

Die Zahlstelle Plauen i. V. entschied sich für dauernd höhere Beiträge; die Frage, ob 20 oder 25 ₰ pro Woche, wurde noch offen gelassen.

Für einen Beitrag von 20 bezw. 10 ₰ pro Woche stimmten in der Zahlstelle Uelzen sämmtliche in der Versammlung am 21. November anwesenden Mitglieder.

In Kempten stimmten 9 Mitglieder für Erhöhung auf 20 ₰, 6 gegen und 5 enthielten sich der Abstimmung.

Höhere Beiträge und der Beschluß des Vorstandes.

Mit großem Interesse hat wohl der größte Theil der organisirten Kollegen den Moment erwartet, wo über den seit Wochen im Verbandsorgan in lebhaftester Weise diskutirten Vorschlag betreffs „Erhöhung der Beiträge" ein endültiges Resultat erfolgen werde. Daß dieses nur zu Gunsten der Erhöhung ausfallen würde, darüber waren wohl selbst die Gegner der Erhöhung nicht mehr im Zweifel.

Geradezu verblüffend mußte daher der Beschluß des Zentralvorstandes, nämlich die beantragte Urabstimmung abzulehnen, auf die Mitglieder wirken. Selbst wenn die Mitglieder des Vorstandes Gegner der Erhöhung sind, war es nothwendig, die Urabstimmung vorzunehmen.

Daß die Mitglieder sich mit diesem Beschlusse nicht zufrieden geben würden, hätten sich die die Majorität bildenden Vorstandsmitglieder von vornherein sagen können, wenn sie die Stimmung der Mehrzahl sich für die Existenzfähigkeit des Verbandes interessirenden Kollegen, wie dieselbe sich doch aus der gepflogenen Debatte sehr leicht erkennen läßt, beachtet hätten. Ein derartiges Verhalten der Majorität des Vorstandes steht wohl einzig in der deutschen Arbeiterbewegung da; mir ist Aehnliches wenigstens nicht bekannt. Es bedarf daher der größten Kaltblütigkeit, wenn man bei einem solchen Verhalten der Mehrzahl der Vorstandsmitglieder an ihre Fähigkeit, die Interessen des Verbandes zu wahren, noch glauben will.*) Ich bin der festen Ueberzeugung, jeder Vorstand einer anderen Organisation hätte die Gelegenheit, die Organisation zu kräftigen, besser benutzt. Noch nie ist es einem Vorstande leichter gemacht worden, eine nothwendige Aenderung durchzuführen, wie in dem gegebenen Falle; noch nie ist einer Verbandsangelegenheit von Seiten der Mitglieder ein solch' lebhaftes Interesse entgegen gebracht, als der gegenwärtigen. Und worauf stützt sich nun dieses vorhandene Interesse? Doch nur einzig und allein auf die Erkenntniß der wirthschaftlichen Verhältnisse. Leider scheint diese Erkenntniß der Majorität des Vorstandes noch nicht gekommen zu sein. Es ist bedauerlich, daß den Mitgliedern keine Begründung für die Stellungnahme des Vorstandes vorliegt; jedoch mögen diese Gründe heißen wie sie wollen, sie können keinen Anspruch auf Gültigkeit haben, wenn man die gegenwärtigen wirthschaftlichen Verhältnisse betrachtet und aus diesen Betrachtungen die richtigen Schlüsse zu ziehen vermag.

Es war von vornherein nicht mein Wille, auf den eigentlichen Antrag noch einzugehen, nachdem von einer Reihe Kollegen mit sehr treffender und überzeugender Begründung die Nothwendigkeit der Erhöhung nachgewiesen wurde; daß diesen auf Thatsachen beruhenden Gründen seitens der Gegner der Beitragserhöhung nur Vermuthungen und falsche Rücksichtnahme auf die „organisirten und nichtorganisirten" Indifferenten gegenübergestellt werden konnten, ist für jeden klarblickenden Kollegen sehr begreiflich.

Wenn ich nun dennoch, anläßlich des Beschlusses des Vorstandes, sowie der Ausführungen einzelner Kollegen in Nr. 46, zu dieser Frage das Wort nehme, so liegt von vornherein die Gefahr nahe, Einzelnes in vorhergegangenen Aufsätzen zu wiederholen.

Unter den Gründen, welche gegen die Erhöhung der Beiträge angeführt wurden, befindet sich in erster Reihe der, daß die Agitation unter den Nichtorganisirten erschwert werde. Um dieses zu beweisen, werden allerlei Argumente in's Feld geführt, Rechenexempel konstruirt, die gewiß mit mehr Recht „künstlich" bezeichnet zu werden verdienen, als die des Kollegen Noske und Anderer.

Der Kollege H. und Andere glauben gewiß etwas Besonderes gesagt zu haben, daß, wenn die Erhöhung von 15 auf 25 ₰ kein Hinderniß für die Agitation sei, man konsequenter Weise doch 30 resp. 50 ₰ verlangen könne. Daß dieses nicht geschehen, mag den betreffenden Kollegen als Beweis dafür dienen, daß wir uns auf dem Boden der gegebenen Thatsachen bewegen, daß wir, die augenblickliche Lage betrachtend, eine Erhöhung wie die vorgeschlagene für möglich und entsprechend halten. Es wäre von uns gerade so verkehrt, in unserem Vorwärtsstreben keine Grenzen zu kennen, wie es verkehrt ist, in übertriebener Rücksicht auf die Indifferenten jede nothwendige Maßnahme zum Fortschritt zu unterlassen.

Aber ist denn der niedrige Beitrag mehr dazu geeignet, die Kollegen zu organisiren? Dann hätte der Verband bei dem jetzigen Beitrag doch gewiß eine größere Mitgliederzahl aufweisen müssen. Die Thatsachen beweisen uns eben, daß nicht die Höhe des Beitrages, sondern vielmehr die Erfolge ausschlaggebend für den Entschluß, einer Organisation beizutreten, sind. Daß aber in den heutigen wirthschaftlichen Kämpfen der Erfolg zum größten Theil von dem finanziellen Stand der Organisation abhängt, sollten die Kollegen allerorts doch bald erkannt haben (ohne damit zu sagen, daß die Zahl der Organisirten nebensächlich sei).

Leider müssen wir aber sehen, daß die Unternehmer die Tragweite der schlechten finanziellen Lage unserer Organisation weit besser erkannt haben, als die Arbeiter. Konnte man doch erst vor einigen Wochen in einer Anzahl gegnerischer Blätter eine genaue Zusammenstellung von Kassenbeständen der verschiedenen Organisationen finden. Das Resultat dieser Zusammenstellung berechtigte vollkommen zu der höhnischen Bemerkung „und mit diesen winzigen Summen versprechen die Führer der Gewerkschaften, den Arbeitern ihre Lage verbessern zu können." Kollegen, merkt Euch diese Aeußerung der Gegner. Sie zeigt deutlich, wie unhaltbar die Behauptung, „daß, wenn noch so viel Geld vorhanden gewesen wäre, der Streik in Lauterberg doch keinen Erfolg gehabt hätte", viel wahrscheinlicher ist es jedoch, daß, wenn bei Beginn des Streiks die aufgewendete Summe vorhanden gewesen wäre, die Fabrikanten es sich gewiß zweimal überlegt hätten, einen Angriff zu wagen. Aber auch die Behauptung, daß bei Erhöhung der Beiträge die „Streiklust" sich regen werde und wir daher im nächsten Jahre bedeutend mehr Angriffsstreiks zu erwarten hätten, kann wohl nicht als stichhaltig gegen die Erhöhung benutzt werden. Denn bei der richtigen Auffassung unserer Organisation als Kampforganisation in erster Linie zur Verbesserung unserer Lage, muß es doch den Mißmuth auch der treuesten Mitglieder erwecken, wenn bei Gesuchen um Genehmigung eines Streiks dieselbe aus finanziellen Gründen abgelehnt werden muß, wie dies auch in diesem Jahre leider nur zu oft geschehen mußte. Es ist gewiß besser, denjenigen Kollegen Rechnung zu tragen, die gewillt sind, Opfer zu bringen, als durch fortwährende Rücksichtnahme auf die Indifferenten diese in ihrer Gleichgültigkeit zu stärken. Darum, Kollegen, zeigt unseren Gegnern, daß Ihr gewillt seid, den Mißstand, der in unserer Organisation herrscht, zu beseitigen, beweist unserem Vorstand, daß ihr nicht zufrieden mit seinem letzten Beschluß seid, sondern unbedingt die Urabstimmung verlangt.

Beweist aber auch ferner, daß Ihr nichts gemein habt mit Denjenigen, die die Flinte in's Korn werfen, sobald sie ihre Opferwilligkeit beweisen sollen. Blicken wir zurück und sehen uns die Opfer an, welche unsere Vorkämpfer an Gut und Blut gebracht haben, und wahrlich, wir müßten uns schämen, würden wir noch ein Wort über die Möglichkeit der Durchführung des kleinen nothwendigen Opfers verlieren. Bedenken wir, daß andere Verhältnisse auch andere Maßnahmen bedingen, so werden wir auch unseren Verband zu dem machen können, was er in Wirklichkeit sein soll: nämlich ein Hort für die Rechte der Kollegen gegen die schrankenlose Willkür der Unternehmer. Darum, Kollegen, nicht zaghaft zaudern, sondern Alle eingetreten für die Erhöhung der Beiträge; keine Phrasen, sondern bereitwilliges, opfermuthiges Handeln sichert uns den Erfolg.

Bremen. **Aug. Sickfeld.**

* Der Kollege S. geht zu weit in seiner Annahme, sicher hat die Mehrheit des Vorstandes geglaubt, als sie die Urabstimmung ablehnte, im Interesse des Verbandes zu handeln. Eine Schädigung desselben hat sie doch sicher nicht gewollt.
Die Red.

Rundschau.

Eine umfangreiche Novelle zum Unfallversicherungsgesetz ist im Bundesrath fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen an die Abgeordneten vertheilt werden. Wir werden den Inhalt der Novelle mittheilen, sobald er publizirt ist. Aufgabe der Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften, sowie der Krankenkassen ist es, unverzüglich alles Material, was auf diesen Gegenstand Bezug hat, zu sammeln und den Abgeordneten unserer Fraktion zur Verfügung zu stellen. Nur dann, wenn alle Mißstände zur Kenntniß des Reichstages kommen, ist es möglich, die Mängel des Gesetzes zu beseitigen. Man warte mit der Absendung des Materials nicht bis zur letzten Stunde, da sonst leicht so viel in einigen Tagen zusammenströmt, daß das Wichtigste nicht mehr verarbeitet werden kann. Das, was die Unternehmer an dem Gesetz geändert haben wollen, werden die Vorstände der Berufsgenossenschaften schon schnell zusammenbringen. Die Arbeiterorganisationen dürfen nicht hinter den Unternehmerverbänden zurückstehen, deshalb muß schnell Material gesammelt werden.

Das dritte Arbeitersekretariat Deutschlands ist am vorletzten Montag in Mannheim gegründet worden. Die Hauptaufgaben desselben sind nach dem Statut folgende:

§ 2. Das Arbeitersekretariat ertheilt mündliche Auskunft in gewerblichen Streitigkeiten über Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung; über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrecht, sowie über die Fabrikinspektion.

§ 3. Eine weitere Aufgabe des Sekretariats ist die Betreibung der Bürgerrechtserwerbung seitens der Arbeiter.

§ 4. Das Sekretariat nimmt Beschwerden über diese Gegenstände entgegen und veranlaßt deren zweckmäßigste Erledigung.

§ 6. Schriftliche Auskunft wird nur nach auswärts ertheilt.

§ 7. Berechtigt, aber nicht verpflichtet ist der Sekretär zur Ertheilung von Auskunft in allen zivilrechtlichen Privatsachen, in Verehelichungs- und Armensachen, bei Miethestreitigkeiten ꝛc.

§ 8. Auf Verlangen und nach Möglichkeit soll der Arbeitersekretär bei Arbeitsdifferenzen, Streiks ꝛc. als Anwalt der Arbeiter fungiren, sowie eventuell Statistik hierüber führen.

§ 9. Ferner soll der Sekretär, soweit ihm seine Thätigkeit dazu Gelegenheit bietet, Aufzeichnungen machen über die soziale Lage der Arbeiter, über Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse. Arbeitszeit, Arbeitslöhne und Arbeitslosigkeit.

§ 10. Ueber die gesammte Thätigkeit des Arbeitersekretariats hat der Sekretär am Schlusse jedes Jahres einen Jahresbericht herauszugeben.

§ 11. Zur Inanspruchnahme des Sekretariats sind alle Personen ohne Unterschied des Geschlechts, des Berufes, der Konfession, der Parteistellung und des Wohnortes berechtigt.

§ 14. Das Bureau des Sekretariats ist an Wochentagen Vormittags von 9—12 Uhr und Nachmittags von 3—7 Uhr geöffnet.

Die Arbeiter resp. die Bevölkerung Mannheims rechnet darauf, daß aus städtischen Mitteln ein Zuschuß geleistet wird, „denn," so schreibt die „Volksstimme" in Mannheim, „wo man für Festlichkeiten Zehntausende und für Rennvereine und andere derartige Vereine jährlich Tausende hinauszuwerfen hat, muß man auch Geld haben für ein Institut, das dem gesammten arbeitenden Volk — und das bildet vier Fünftel der Mannheimer Einwohnerschaft — zum Nutzen gereicht."

Ein christlich-sozialer Kongreß Pastor Naumann'scher Richtung wurde am 23. November in Halle eröffnet. Anwesend waren 120 Delegirte aus allen Theilen Deutschlands. In dem Berichte über das neu aufzustellende Programm betonte Professor Dr. Sohm aus Leipzig, die neue Partei wolle an die Spitze der Arbeiterbewegung treten und die Sozialdemokratie ablösen. Sie wolle aber weder den Klassenkampf, noch wolle sie konfessionell sein.

Wer lacht da?

Wie das Kapital sich konzentrirt, zeigt die Zunahme der Aktiengesellschaften. Im Jahre 1895 sind deren nach einer soeben erschienenen Statistik in England nicht weniger als 3814 gegründet worden. Zusammen existiren in England 21 228 Gesellschaften mit einem Kapital von £ 1 145 402 993 (£ 1 gleich ℳ 20), also von nur 23 Milliarden Mark!

Mit der Konzentrirung der Kapitalien in immer wenigeren Händen wächst auch deren Macht, und die Stellung der Arbeiter wird dieser gegenüber immer schwieriger; und doch sieht es die große Masse derselben nicht ein, daß auch ihrerseits ein Zusammenschluß der zerstreuten Kräfte nothwendig ist, um bei etwaigen aufgedrängten Kämpfen geschlossen vorgehen zu können.

Ein Beitrag zum Submissionsunwesen. Daß auch die Innungszugehörigkeit nicht vor Schmutzkonkurrenz schützt, zeigen folgende Fälle. In der Fortifikation einer westpreußischen Festungsstadt wurden unlängst die Schornsteinfegerarbeiten, auf ℳ 350 veranschlagt, vergeben. Hierum bewarben sich ein Meister mit 15 pZt., ein zweiter mit 30 pZt., der Obermeister der dortigen Innung mit **65** pZt. unter dem Anschlage. Bei den zu vergebenden Arbeiten der Garnison ergab sich ein ähnliches Resultat. Der letztgenannte Obermeister reichte ein Unterangebot von 51 und dessen Geselle von 57 pZt. ein. Und dabei sollen die Innungen das Handwerk heben!

Ein gleicher Submissionsunfug wird aus Kiel gemeldet. Bei der Submission über die Lieferung von Materialien zum Bau der Dämme Langenes-Oland und Oland-Festland pro 1897/98 und 1898/99 war die Firma Stocks & Kolbe ℳ **85 000** billiger als die höchstfordernde Firma. Es handelt sich um 56 000 Kubikmeter Faschinen und 212 000 Stockpfähle. Die Firma Stocks & Kolbe forderte ℳ 210 400 und erhielt hierauf den Zuschlag, während die höchste Forderung ℳ 295 480 betrug. Die Firma Stocks & Kolbe ist bekanntlich auf dem Kieler Gewerbegericht ständiger Gast und erst im Vorjahre wurden ihre Arbeiter mit Lohnabzug bedacht. Natürlich werden die Arbeiter auch diesmal wieder die Zeche bezahlen müssen.

Die Aufhebung der Arbeitslosenversicherung beschloß zum 30 Juni nächsten Jahres die Bürgergemeinde St. Gallen in der Schweiz. Dieser Beschluß wurde mit geringer Mehrheit gefaßt. Gemeinderath und Gemeindeammann (Bürgermeister) von St. Gallen hatten die Fortführung der Arbeitslosenversicherung bis zum 30. Juni 1898 beantragt. Die Gegner derselben brachten für ihre Ansicht nur lächerliche Argumente in's Treffen. Der Eine wollte von der Arbeitslosenversicherung nichts wissen, weil auch die „Schwaben" (die eingewanderten Deutschen) der Unterstützung theilhaftig würden; ein Anderer meinte, die Arbeitslosenversicherung befördere die „Faulheit" und das Unterstützungsgeld werde meist in der erstbesten Wirthschaft verthan. Der St. Galler „Stadtanzeiger" rügt den Beschluß in gebührender Weise.

Ein internationaler Kongreß für Sonntagsruhe soll im nächsten Jahre in Brüssel abgehalten werden. Unter dem Vorsitz des belgischen Arbeitsministers fand am 9. d. Mts. bereits eine Sitzung des vorbereitenden Ausschusses statt.

Deutschland bald hinter den Russen. Eine russische Firma, Benkendorf in Baku, hat vor einigen Wochen den Achtstundentag eingeführt. Die Kreisvertretung des russischen Distriktes Nowotorsko beauftragte ihren geschäftsführenden Ausschuß, zusammen mit einer Kommission der Aerzte der Kreisvertretung, eine Petition an die Regierung um Einführung des Achtstundentages in den Fabriken auszuarbeiten. Die Regierung verbot die Ausführung des Beschlusses. Die Kreisvertretung hat aber gegen das Verbot Beschwerde beim Regierungssenat eingereicht.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Der Ausschuß hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, dem Antrag der Zahlstelle Köln auf Ausschluß des Schreiners Ferdinand Schmitz (Buch-Nr. 105 913) stattzugeben. Dem Betreffenden wurde zum Vorwurf gemacht, daß er während der Lohnbewegung die Interessen der Organisation nicht vertreten hatte.

Der Ausschuß.
J. A.: Robert Schmidt, Berlin SO, Raunynstr. 40.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Donaueschingen. Wir sehen uns gleichfalls veranlaßt, Stellung zu der Frage „Erhöhung der Beiträge" zu nehmen. Auffallend ist es, daß, seitdem Kollege Roske die Frage der Beitragserhöhung angeschnitten hat, sich die meisten Artikelschreiber an diese Erhöhung anklammern, wie der Ertrinkende an einen Strohhalm. So wenig ein Strohhalm den Ertrinkenden zu retten vermag, so wenig werden wir mit den erhöhten Beiträgen allein den Verband derart heben können, daß er die Leistungsfähigkeit erreicht, die unbedingt nöthig ist, um den Anforderungen, die an denselben gestellt werden, genügen zu können. Es ist hier nicht allein mit einer Beitragserhöhung gethan, sondern es müssen durchgreifende Aenderungen im System der Unterstützungen für Streiks und dergleichen gemacht werden. Betrachten wir uns die Streiks, die geführt wurden, so müssen wir uns sagen, daß bei der Mehrzahl derselben die ursprünglich organisirten und zielbewußten Arbeiter in einer bedeutenden Minderheit waren, während Diejenigen, welche nicht organisirt waren oder erst in letzter Stunde 30 ₰ Aufnahmegebühr zahlten, so auf Kosten des Verbandes, wiewohl sie demselben noch in keiner Weise einen Nutzen brachten, sich eine bessere Existenz zu verschaffen suchten. Hier ist unsere erste Pflicht, den Kampf gegen diese Elemente aufzunehmen, denn nicht Indifferentismus ist es, welcher diese Leute vom Verbande fernhält, sondern die Gewißheit, daß es in ihrer Fabrik oder dergleichen noch Leute giebt, welche den Kapitalisten gegenüber noch ein Rückgrat besitzen und sich nicht willenlos von denselben ausbeuten lassen. Kommt es nun einmal zu Differenzen und diese Leute sehen, daß ein Vortheil für sie dabei herausschaut, so sind sie schnell bei der Hand, setzen dem Verband das Messer auf die Brust, indem sie erklären, entweder Du bezahlst uns hinreichend Unterstützung oder wir lassen Euere Kollegen im Stiche und arbeiten weiter. Hier nun wäre es am Platze, gegen diese systematische Ausbeutung dieser Leute, die den Verband bis auf den letzten Pfennig auspressen, energisch Front zu machen. Es muß in Zukunft bei Streiks derart verfahren werden, daß nur solche Streiks von Seiten des Verbandes genehmigt und unterstützt werden, bei welchen von sämmtlichen in Betracht kommenden Arbeitern und Arbeiterinnen mindestens 75 pZt. seit einem halben Jahre dem Verbande angehören. Es wurde auch in der Monatsversammlung der Zahlstelle Donaueschingen, die zur Zeit 63 Mitglieder zählt, folgende Resolution einstimmig zur Annahme gebracht: „Die Zahlstelle Donaueschingen ist gewillt, für eine Beitragszahlung von 25 ₰ pro Woche zu stimmen, wenn von Seiten des Hauptvorstandes dahin gewirkt wird, daß künftighin bei Streiks nur dann die nöthigen Unterstützungsgelder von Seiten des Verbandes bewilligt werden, wenn 75 pZt. aller daran betheiligten Arbeiter seit mindestens sechs Monaten organisirt sind." Anlaß zu dieser Resolution ist die Mißwirthschaft beim Lauterberger Streik. Wohl wissen wir ganz genau, daß ein derartiges Vorgehen uns selbst einen tiefen Schnitt in's eigene Fleisch beibringen würde, indem es für manche Zahlstelle auf Jahre unmöglich wäre, durch das schlechte Organisirtsein der Kollegen in eine Lohnbewegung zur Erzielung besserer Verhältnisse einzutreten. Betrachten wir uns die Vortheile, die hieraus entstehen, so müssen wir uns selbst sagen, daß dieselben den Nachtheil bedeutend überwiegen. Wenn wir die Berichte der Zahlstellen durchlesen, sehen wir ganz genau, daß höchstens ein Drittel der Mitgliederzahl unseres Verbandes an demselben ein Interesse hat, was auch die letzte Abstimmung am deutlichsten beweist. Würde nun im Verband im Sinne der Resolution vorgegangen werden, so würden auch diejenigen Kollegen, die bisher an Gleichgültigkeit nichts zu wünschen übrig ließen, aufgerüttelt werden aus ihrem Schlafe und sie wären gezwungen, wenn sie ihre Lebenslage verbessern wollen, einzutreten in die Agitation, sie wären gezwungen, die dem Verbande noch Fernstehenden mit aller Kraft demselben einzuverleiben zu trachten, um vorwärts zu kommen in der modernen Arbeiterbewegung. Wenn wir ferner bedenken, daß das Geld, welches sich die Mitglieder vom Munde absparen (denn anders ist es bei den jetzigen Lohnverhältnissen nicht möglich) und als Beitrag an den Verband zahlen, nicht mehr in dem Maßstab wie bisher an Nichtmitglieder, sondern für Angehörige des Verbandes verwendet wird, um diesen bessere Lebensbedingungen zu verschaffen, so glauben wir uns nicht zu täuschen, wenn wir annehmen, daß bei vielen Kollegen Opferwilligkeit und Thatkraft zunehmen werden, und daß viele und erprobte alte Kollegen, welche dem Verbande bisher den Rücken gekehrt, wieder eintreten in unsere Reihen, um mit uns Schulter an Schulter zu kämpfen gegen die Willkür des Kapitalismus. Wenn wir ferner bedenken, daß durch eine derartige Maßregel so mancher Streik, der leichtsinnig und unbedacht heraufbeschworen wurde, ohne vorher die Konsequenzen zu ziehen, ohne vorher das Für und Wider reiflich überlegt zu haben, nicht geführt werden würde, dann kann man unserer Resolution nur allgemein zustimmen. Wenn wir ferner bedenken, daß wir dann umgekehrt den Indifferenten das Messer auf die Brust setzen und ihnen sagen, wenn Ihr Euere Lebenslage verbessern wollt, dann tretet ein in unsere Reihen, kämpft mit uns gegen Willkür und Ausbeutung, wenn nicht, dann überlassen wir Euch Euerem Schicksal und Ihr sinkt herab zu tollenlosen Sklaven des Unternehmerthums, dann werden sich die Indifferenten zweimal besinnen, gegen uns zu sein. Kollegen, nicht mit einer Beitragserhöhung allein ist es gethan, sondern es muß eine durchgreifende Reorganisation des Unterstützungswesens stattfinden, nicht indem man den Zahlstellenkassirern wegen Zuvielbezahlens von einigen Pfennigen einen Verweis ertheilt, sondern daß darauf geachtet wird, daß nicht Tausende von Mark verpulvert werden, wie im Lauterberger Streik. Wenn hier geschrieben wird, daß hier die hohe Unterstützung, der Nebenverdienst durch die famose Kontrole schuld waren, daß die Leute so lange aushielten, so möchten wir sagen, daß der Vorwurf der famosen Kontrole in erster Linie auf den Hauptvorstand selbst zurückfällt, und er verpflichtet gewesen wäre, genaue Erhebungen anzustellen, und nicht erst, nachdem M. 40 000 verpulvert waren. Eine derartige Mißwirthschaft entfremdet uns mehr Mitglieder, als eine Beitragserhöhung. Darum Kollegen, erst den eigenen Ausbau der Organisation, erst den Kampf gegen die Gleichgültigkeit und den Indifferentismus, dann erst, wenn dieses vollbracht, auf der ganzen Linie vorwärts, zur Erzielung menschenwürdiger Zustände. J. Stabl.

Düsseldorf. Die Diskussion über die Erhöhung der Beiträge, welche schon in voriger Versammlung auf der Tagesordnung stand, wurde in letzter Versammlung fortgesetzt. Es waren drei Anträge gestellt; der erste vom Kollegen Hostrop, welcher den klassenweisen Beitrag wünscht. Diesen begründet er damit, daß es nicht gerecht sei, in Zahlstellen, wo niederige Löhne gezahlt würden, denselben Beitrag zu erheben wie in besser gestellten Zahlstellen. Hierauf wurde erwidert, daß selbst in einem Geschäft, wie vielmehr in einer Zahlstelle die Löhne sehr verschieden seien, so daß mit diesem Antrag der gewünschte Zweck doch nicht erreicht werde. Der zweite Antrag, gestellt vom Kollegen Böbel, lautet auf Erhöhung von 20 ₰, welchen er mit dem steten Geldmangel bei Streiks begründet. Auch war derselbe der Meinung, daß, wenn der Beitrag bei der Gründung des Holzarbeiter-Verbandes auf diese Höhe festgesetzt worden sei, der Verband gerade dieselbe Mitgliederzahl haben würde, wie jetzt. Der Einwand, bei höheren Beiträgen schwer neue Mitglieder heranziehen zu können, sei auch damals gemacht worden. Die von einigen Indifferenten gemachte Ausrede, die Beiträge seien zu hoch, würde in Ermangelung einer anderen auch bei einem Beitrage von 10 ₰ gebraucht werden. Bei einer leeren Streikkasse, wo sich die Verbandsleitung gezwungen sehe, in so steinerweichender Weise zur Zahlung freiwilliger Beiträge anzuspornen, sei eine befriedigende Beilegung von Streiks größerer Ausdehnung kaum denkbar und wäre dann mit allgemeiner Entrüstung sehr wenig gedient. Kollege Fitzer, welcher den Antrag auf Beibehaltung des Beitrags von 15 ₰ gestellt, begründet seinen Antrag dahin, daß es vielen verheiratheten Kollegen und auch solchen, welche in Gegenden arbeiten, wo besonders niedrige Löhne gezahlt würden, jetzt schon schwer falle, die Beiträge zu bezahlen; auch halte es dann noch schwerer, neue Mitglieder zu bekommen. Gleichfalls glaubten die Mitglieder bei höheren Beiträgen eher Forderungen stellen zu können; ja, es sei leicht möglich, wenn Kollegen Montags mal angetrunken zur Arbeit kämen, diese ohne Weiteres, auf die gefüllte Verbandskasse pochend, die Arbeit niederlegten. Gegen die Redewendung wurde allseitig protestirt, da dies eine Beleidigung der Verbandsmitglieder sei, bei denen Derartiges nicht zutreffend sei, wenigstens sei es bis jetzt nicht nachgewiesen, daß derartige Fälle vorgekommen seien. Kollege Kunisch, der sich auch gegen die Erhöhung der Beiträge wendet, ist der Meinung, daß wir durch niedrige Beiträge die Indifferenten heranziehen müßten, um sie erst mal aufzuklären, damit könnten wir mehr erreichen, als mit hohen Beiträgen. Hierzu sei noch bemerkt, daß es verschiedenen verheiratheten Kollegen hier am Orte schwer falle, ihre Beiträge zu bezahlen, aber auch vielen Indifferenten, welche, sobald man sie an die Organisation erinnert, Geldmangel vorschützen, obwohl viele derselben, trotz ihrer schlechten Lage, zu allen möglichen Dingen Geld haben, nur nicht für die Organisation. In den Werkstätten von Gebrüder Schöndorf und Valentin Leuschen, wo die Kollegen vor einiger Zeit wegen Herabsetzung der Akkordpreise die Arbeit niederlegten, wurden die Differenzen nach einigen Tagen zu Gunsten der Arbeiter beigelegt. In den meisten Werkstätten hier am Orte nehmen die Ueberstunden derart überhand, wie es wohl nirgends schlimmer der Fall sein kann. Durch die seit einem halben Jahre eingeführte Werkstattdelegation wurde ermittelt, daß in diesem Zeitraume in 36 Geschäften 30 000 Ueberstunden gemacht wurden. Würden die Werkstätten, woraus wir bis jetzt keine oder nur vorübergehende Auskunft erhalten konnten, darin einbegriffen werden, so würde das Resultat noch schlimmer ausfallen. Zu der allgemeinen Entrüstung über den Abschluß des Lauterberger Streiks sei noch bemerkt, daß diese hier denn doch nicht so allgemein war, wie der unbekannte Einsender des Berichtes von hier in Nr. 46 bemerkt zu haben glaubt. Denn die Personen, welche die Beilegung des Streiks bewirkt haben, wurden auch von verschiedenen Mitgliedern in Schutz genommen. Hätte die Streikleitung gleich richtige Angaben über die Verhältnisse in Lauterberg gemacht, so würde die Hauptverwaltung vielleicht schon eher eine Beilegung des Streiks bewirkt haben. Sodann wurde noch entschieden das Verhalten des unbekannten Kollegen gerügt, welcher ohne Wissen der Lokalverwaltung einen Bericht der Zahlstelle an die „Holzarbeiter-Zeitung" geschickt, und dazu noch einen falschen, da bezüglich der Erhöhung der Beiträge noch gar keine Abstimmung stattgefunden hatte, sondern die Diskussion sollte noch fortgesetzt werden. Sollte von der Zahlstelle ein Bericht eingeschickt werden, so habe dies der Schriftführer zu besorgen. Außerdem sei die Redaktion doch bei Gelegenheit der Notiz „Zuzug fernhalten" von diesem Sommer doch ersucht worden, außer persönlichen Eingesandts von hier nur Berichte aufzunehmen, welche den Stempel der Zahlstelle aufweisen. Die Abstimmung über die Beitragserhöhung, welche in letzter Versammlung stattfand, ergab folgendes Resultat: Für den Antrag Hostrop 3 Stimmen, Antrag Böbel 40 und den Antrag Fitzer 56 Stimmen und 1 weißer Zettel wurden abgegeben. Somit war die Mehrheit für den Beitrag von 15 ₰. Als darauf Kollege Kretschmar der Versammlung empfahl, da diese sich gegen eine dauernde Beitragserhöhung geäußert, doch, falls der Hauptvorstand im Frühjahr um eine zeitweise allgemeine Zahlung von Extrabeiträgen herantrete, wenigstens für diese einzutreten, zeigte man sich dem nicht ganz abgeneigt.

Eberswalde. Leider steht in unserem Orte die große Masse der Kollegen den Bestrebungen der organisirten Arbeiter fern. Diese Gleichgültigkeit ist es aber auch, welche sich die Arbeitgeber zu Nutze machen. Elf- und zwölfstündige Arbeitszeit bei einem Lohne von M. 5—6 bei Kost und Logis; und wie 's Beides dann noch beschaffen? In einigen Werkstätten arbeiten die Kollegen, d. h. Verheirathete außer Kost und Logis, aber wohin wenden sie sich, wenn sie mal hinausbugsirt werden, bei Kleinmeistern können sie nicht arbeiten, also bleiben sie wo sie sind und lassen sich leider Alles gefallen, was den Arbeitgebern mit ihnen zu thun beliebt. Es wäre dringend nothwendig, daß diese Kollegen sich in erster Linie dem Verbande anschließen würden, um bessere Zustände und Lebensverhältnisse für sich erringen zu können. Ebenso dringend nothwendig ist aber auch, daß die am Orte organisirten Kollegen sich mehr an den Versammlungen betheiligen, denn wohin soll's führen, wenn Niemand da ist, mit dem über die Zustände am Orte und über die Arbeitsverhältnisse im Allgemeinen nicht einmal gesprochen werden kann. Darum nochmals Kollegen, seid in nächster Versammlung Alle am Platze. A. Krüger.

Eisenberg (S.-A.) Am 24. Oktober reichten die in den Etuisfabriken von Obst, Lindner's Nachfl., Müller und Geister beschäftigten Arbeiter ein Schriftstück an ihre Prinzipale ein, in welchem sie die zehnstündige Arbeitszeit und 25 pZt. Aufschlag für Ueberstunden verlangten. Falls ihre bescheidenen Forderungen nicht bewilligt würden, bedeute dies die Kündigung. Sie verlangten bis zum 6. November Antwort. Anstatt nun aber diese bescheidenen Forderungen zu bewilligen, schlossen sich die Herren zu einem Ring zusammen und verpflichteten sich bei M. 1000 Konventionalstrafe, nicht nachzugeben, also nicht zu bewilligen. Auf das eingereichte Schreiben der Arbeiter hielten es die Herren Fabrikanten garnicht für nöthig, zu antworten, nicht einmal im verneinenden Sinne. Dieses bewirkte, daß am 7. November die Kündigungsfrist abgelaufen war und die betreffenden Arbeiter die Arbeit niederlegten. Betroffen sind 45 Mann, darunter 10 Tischler; dieselben sind sämmtlich Verbandsmitglieder. Im „Eisenberger Nachrichtenblatt" versuchten die vereinigten Fabrikanten die streikenden Arbeiter zu kompromittiren, was ihnen aber durch derbe Entgegnungen der Arbeiter vereitelt worden ist. Ihr ablehnendes Verhalten versuchten sie damit zu begründen, daß die elfstündige Arbeitszeit hier üblich sei und diese Arbeit am wenigsten anstrenge. Die Fabrikanten suchen nun in dem obengenannten Blatte Leute, welche die Etuismacherei erlernen wollen; da wird alles Mögliche eingestellt: Maler, Gerber usw. Wie aber von oben herab gearbeitet wird, um den Arbeitern den Sieg zu vereiteln, beweist, daß den Fabrikanten die Erlaubniß ertheilt worden ist, ungehindert Sonntags zu arbeiten; sogar am Bußtage ist ununterbrochen mit Dampf gearbeitet worden. Die Lehrlinge, darunter mehrere unter 16 Jahren, müssen jeden Abend bis 8, ja bis 10 Uhr arbeiten. Mit der Frage, wie weit dies gesetzlich zulässig ist, wird sich das Gewerkschaftskartell zur weiteren Verfolgung befassen. Der Leiter des Streiks hat ein Schreiben erhalten, worin gesagt wird, daß er keine Arbeit wieder erhalten soll. Nun, da wird er auch nicht verhungern. Die Arbeiter werden dafür sorgen, daß ihre Führer nicht auf der Straße liegen bleiben. Die Haltung der Streikenden ist eine musterhafte; wenn sie so fest und treu weiter ausharren, so wird es nicht lange dauern, bis der Sieg erreicht ist.

Gößnitz i. S.-A. In unserer letzten Mitgliederversammlung stand als dritter Punkt der Tagesordnung, Beschlußfassung über erhöhte Beiträge. Es meldeten sich fünf Redner zum Wort, welche aber alle gegen Weiterführung erhöhter Beiträge waren und es damit begründeten, daß die Agitation unter indifferenten Kollegen dadurch erschwert sei und somit ein Zuwachs an Mitgliedern unter den jetzigen Verhältnissen nicht zu erwarten sei. Zuletzt wurde der Kassirer ersucht, Mitgliederliste und Kassenabrechnung des jetzigen Quartals mit dem vorigen Quartal zur Einsichtnahme vorzulegen. Der Bericht des Kassirers war folgender. Die Beiträge der ersten sieben Wochen des dritten Quartals zu den im gleichen Zeitraum des vierten Quartals sind folgende: Drittes Quartal 830 à 15 ₰ = M. 124,50, 247 à 5 ₰ = M. 12,35, macht Summa M. 136,85. 4. Quartal 409 à 25 ₰ = M. 102,25, 52 à 15 ₰ = M. 7,80, macht Summa M. 110,05, ergiebt eine Wenigereinnahme von M. 26,80. Drittes Quartal Mitgliederzahl 162, jetzt 60, mithin ein Verlust von 102 Mitglieder, und zwar 71 männliche und 31 weibliche.*) Der Bericht glich einem Donnerschlag und es konnte ein Kollege sich der Aeußerung nicht enthalten, daß der Unkenruf des Kollegen Hartmann sich doch bewahrheitete; wenn auch vielleicht in anderen Zahlstellen nicht so schrecklich wie bei uns, so doch die von anderen Kollegen vorgerechnete Mehreinnahme den Verlust

*) Recht muß Recht bleiben, das soll auch in diesem Falle gelten. Wir konstatiren nach dem Zeitungsbezuge für die männlichen Mitglieder (die weiblichen erhalten die „Gleichheit"), daß die Mitgliederzahl in Gößnitz nicht erst seit dem 1. Oktober dieses Jahres, sondern schon vom 29. Juli vorigen Jahres in ständiger Abnahme begriffen ist. An diesem Tage betrug die Zahl der bezogenen Holzarbeiterzeitungen 170, am 8. Oktober 160, am 6. November 158, am 6. Januar 1896 155, am 9. März 150, am 13. April 140, am 19. Mai 130, am 10. Juli 122, am 23. September 100, am 1. Oktober 80, am 7. Oktober 75, am 13. Oktober 70, am 26. Oktober 60, am 17. November 56. Es wäre wünschenswerth gewesen, wenn die Kollegen sich über die Gründe der Abnahme schon etwas früher klar gewesen wären. Wir zweifeln nicht daran, daß der erhöhte Beitrag im vierten Quartal vielen Mitgliedern ein willkommener Grund war, in Massen auszutreten, nach und nach würden sie sich, wie die stete Abnahme zeigt, dennoch gedrückt haben. Die Red.

der Mitglieder nicht aufwiegt, denn die dem Verband jetzt den Rücken gekehrt haben, kommen so bald nicht wieder. Am Schluß der Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung des Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Gößnitz S.-A., erklärt sich ganz entschieden gegen die Weiterbeibehaltung erhöhter Beiträge, fordert vielmehr, die früheren Beiträge von 15 und 5 ₰ wieder einzuführen. Um aber die Verbandskasse etwas leistungsfähiger zu machen, statt der 35 pZt., welche der Lokalkasse verbleiben, 25 pZt. zu setzen, denn der Prozentsatz genügt, um alle am Orte entstehenden Kosten, welche der Lokalkasse zufallen, zu bestreiten.

Furtwangen. In der kombinirten Mitgliederversammlung vom 21. d. Mts. wurde beschlossen, die Sperre über die Firma L. Furtwängler Söhne, Aktiengesellschaft aufzuheben, da die Direktion sich den dortigen Arbeitern gegenüber erklärte, vom 20. Dezember ab den Zehnstundentag einzuführen, bis dahin jedoch noch 11½stündige Arbeitszeit beibehalten zu müssen, womit sich die dortigen Arbeiter einverstanden erklärten.

Hannover. In der letzten Mitgliederversammlung berichtete Kollege Becker über den Streik der Stuhlmacher in Celle. Die leichtfertige Art, wie der Streik inszenirt wurde, rief unter den hiesigen Kollegen allgemeinen Unwillen hervor. Der Lauterberger Streik gab gleichfalls Anlaß zu heikler Debatte. (Wir lassen die Ausführungen hier weg, weil die Preßkommission über alle Eingänge, die den Lauterberger Streik betreffen, erst am Freitag, den 27. November, auf unseren Antrag hin Beschluß fassen wird. D. R.) Erwähnt sei hier noch, daß, nachdem am 17. d. M. die Politisch-Erklärung der Zahlstelle Hannover beim Oberverwaltungsgericht ihre Bestätigung erfahren, am 21. d. M. Genosse Lorberg über den § 152 der Gewerbeordnung und seine praktische Bedeutung für die Arbeiterorganisation referirte, ohne vom überwachenden Beamten irgendwie behelligt zu werden, obwohl er scharfe Kritik übte, und scheint es demnach, als ob dem Herrn Polizeipräsidenten an der Auflösung der Zahlstelle weniger gelegen sei und sich die Spitze des Ganzen nur gegen die harmlosen Vergnügen der Arbeitervereine im Allgemeinen richtet.

Karlsruhe. Die Remhild'sche Werkstatt scheint auch eine Musterwerkstatt zu werden; da die betreffende Firma einen Werkführer hat, der noch etwas humaner zu nennen ist, als sie selbst, so glaubte der Inhaber, Herr Remhild, daß der Werkführer den Arbeitern bewillige, was dieselben verlangen, und daß er zu viel gebe, und deshalb wolle er selbst mit den Arbeitern akkordiren. Es werden nämlich in dieser Werkstatt als Spezialität photographische Apparate gefertigt. Unter Anderem erlaubte sich Herr Remhild, die Wochenabschlagszahlung zu reduziren, ohne die Arbeiter zuvor in Kenntniß gesetzt zu haben. Aus welchen Gründen dies geschah, wurde nicht gesagt. Hierauf kündigten die vier dort arbeitenden organisirten Kollegen. Ferner untersagte Herr Remhild dem Werkführer, er solle ja für Keinen gut sprechen, sonst werde er auf's Pflaster gesetzt, und soll ja Keiner von den Arbeitern auf das Bureau kommen, sonst schmeiße er sie hinaus. Im Weiteren glaubte Herr Remhild, da für photographische Deckel 8 ₰ bezahlt werden, daß die Arbeiter noch das Tuch liefern könnten, so daß den Arbeitern nach Abrechnung des Tuches 2 ₰ (zwei Pfennig) als Verdienst übrig blieben. Nach der Kündigung wäre Herr Remhild ohne Lieferung des Tuches einverstanden gewesen. Einige Kollegen mußten auch das Gewerbegericht in Anspruch nehmen. Nothwendig ist, daß sich sämmtliche Kollegen organisiren, sich dem Verbande anschließen, um dem Herrn den nöthigen Respekt einflößen zu können. Ferner giebt die hiesige Zahlstelle bekannt, daß sich hier eine Wagnersektion gegründet hat, welche es sich zur Pflicht macht, die jüngeren Kollegen im Zeichnen in ihrem Berufe zu unterrichten und auszubilden. Wie dringend nothwendig es ist, daß sich die Wagner Karlsruhes der Organisation anschließen, geht daraus hervor, daß sie größtentheils noch 12—14 Stunden arbeiten müssen und Kost und Logis beim Meister haben. Wenn die vorhandenen Mißstände beseitigt werden sollen, ist Anschluß an die Organisation nothwendig.

Ludwigsburg. Ueber die beständigen Klagen der Lohnverhältnisse bei Hoflieferanten u. dgl. braucht man sich nicht so sehr zu wundern, wenn man in Betracht zieht, wie sie bei Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei stehen. Bei einem solchen sind hier die Löhne von M. 3—8 pro Woche. Vor einigen Wochen erklärte nun derselbe seinen Arbeitern, daß er den seither bezahlten Lohn nicht mehr bezahlen könne, worauf sich nun die Arbeiter eine Lohnreduzirung von M. 1 pro Woche gefallen ließen und das seither übliche Vesper abschafften. Jedoch damit war derselbe noch nicht zufrieden. Neulich erklärte er nun, daß von jetzt an die Arbeiten in Akkord gegeben werden, wobei er Preise ansetzte, daß man, wie er selbst sagt, bei angestrengtester Arbeit wöchentlich M. 15 verdienen kann. Nun will er aber für Kost und Wohnung wöchentlich M. 8,40 in Abzug bringen, dabei verabreicht er eine Kost, bei der man kaum mehr im Stande ist, tüchtig zu arbeiten. Das Mittagessen besteht manchmal nur aus erwärmtem Sauerkraut und Kartoffeln, ohne irgend welche Beigaben. Und das sind noch Mitglieder einer Partei, die für das Arbeiterwohl eintritt.

Memmingen. Am 14. November referirte hier Kollege Roßkopf in eingehender Weise über den Zweck und Nutzen des deutschen Holzarbeiterverbandes. Eingehend erörterte derselbe die Verhältnisse der Holzarbeiter, zeigend, in welch „rosigen" Verhältnissen dieselben leben. Ueber den Vortrag, der allgemeinen Anklang fand, wollen wir uns nicht ausführlich verbreiten, doch seien die Kollegen aufgefordert, fleißiger die Versammlungen zu besuchen und nach Kräften bemüht zu sein, die Zahlstelle auf diejenige Stufe zu bringen, auf welche dieselbe Anspruch machen muß, und wie es organisirten Arbeitern zukommt. Dazu ist aber auch nothwendig, daß bei öffentlichen Versammlungen die Kollegen vollzählig anwesend sind und nicht, wie bei dieser, kaum 6 Mitglieder zusammenzufinden waren. Zu tadeln ist, daß sogar Mitglieder, welche Vertrauensposten inne haben, der Versammlung fernblieben. Wenn die Sache so fortgeht, kann über kurz oder lang berichtet werden: „Die Zahlstelle Memmingen ist selig entschlafen."

Potsdam. Erfreuliches ist aus unserem Orte nicht zu berichten. Seit unserem letzten Bericht sind die hiesigen Kollegen noch nicht aus ihrem Schlaf aufgeweckt. Es scheint ihnen hier noch etwas zu gut zu gehen, trotzdem in mehreren Werkstätten nicht gerade die rosigsten Zustände herrschen. So z. B. die Tischlerei von Borgmann, welcher Herr sich nicht entblödet, vier Kollegen auf's Straßenpflaster zu setzen und die anderen dort arbeitenden Kollegen den Herrn dadurch unterstützten, indem sie die darauf folgende Woche bis 12 Uhr Nachts arbeiteten. Herr Borgmann besaß außerdem die Freundlichkeit, bei der Behörde darum einzukommen, Sonntags arbeiten zu lassen, was dieselbe auch bis auf einen Sonntag gestattete. Holzarbeiter Potsdams! Wacht endlich einmal auf, sorgt dafür, daß mit den jetzt bestehenden Zuständen aufgeräumt wird. Zeigt den Arbeitgebern, daß Ihr nicht nur willenlose Sklaven seid, sondern tretet ein in den deutschen Holzarbeiterverband. Tragt dazu bei, daß auch am hiesigen Orte endlich einmal bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen werden..

NB. Unsere Herberge und unser Arbeitsnachweis befinden sich Brandenburger Kommunikation 16, auch wird daselbst Reiseunterstützung ausgezahlt, worauf die reisenden Kollegen ganz besonders aufmerksam gemacht werden.

Zwickau i. S. Am Sonntag, den 8. November, fand hierselbst eine öffentliche Tischlerversammlung statt. Selbige hatte zur Tagesordnung: Unsere Lohnbewegung. Nachdem ein Referent in hiesigen Parteikreisen nicht zu finden war, sprach unser Kollege Schönfeld. Derselbe beleuchtete die hiesigen Verhältnisse seit diesem Frühjahr, entwickelte den Kollegen noch einmal den Gang der Lohnbewegung, wie wir ihn in Nr. 30 kurz den auswärtigen Kollegen berichtet haben. Er führte weiter aus, daß es wohl schon jedem Einsichtigen klar war, daß eine solche Antwort kommen würde. Der hiesigen Gehülfenschaft mußte die Binde von den Augen genommen und erstere überzeugt werden, daß von Seiten der Meister wenig zu erwarten ist. Aus diesen Vorgängen sei die Lehre zu ziehen, daß sich zunächst die Kollegen zusammenschließen, die Unternehmer aber einzeln angegangen werden müssen, wenn nicht wie es hier geschehen, Lohnbewegungen verschleppt werden sollen. In der darauf folgenden Diskussion sprachen noch einige Kollegen im Sinne Schönfeld's. Eine eingegangene Resolution empfahl den Kollegen Anschluß an den deutschen Holzarbeiter-Verband und die Einsetzung einer Kommission. Die hierüber geführte Aussprache hatte das Ergebniß zur Folge, daß es nothwendig sei, eine Kommission zu wählen und durch dieselbe die Aufnahme einer Statistik über die örtlichen Verhältnisse unserer Branche zu veranlassen. Ein hierauf gestellter Antrag fand einstimmig Annahme und es wurden in die Kommission neun Mann gewählt. Kollege Schönfeld ermahnte die Anwesenden, für die genaue Aufnahme der Statistik Sorge zu tragen und sich dem deutschen Holzarbeiter-Verband anzuschließen. Des Weiteren dürften die Kollegen, welche bis dato der Bewegung kühl gegenüberstanden, einsehen lernen, daß sie ihre bisherige Interesselosigkeit aufgeben und Mann für Mann in den Versammlungen erscheinen müssen, um Schulter an Schulter mit ihren Arbeitsgenossen sich bessere Zustände zu erkämpfen. Keiner von Denen, die bis jetzt fehlten, darunter auch organisirte Kollegen, wird es ablehnen, wenn er um höheren Lohn kürzere Zeit zu arbeiten braucht. Dennoch sollte es Jedem einleuchten, daß es Pflicht ist, sich seinen Kollegen anzuschließen.

Aschaffenburg. Hier am Orte ist eine Filiale der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen gegründet worden, der sofort 16 Mitglieder beitraten. Wir bemerken, daß eine ganze Reihe Tapezierer Mitglieder unserer Holzarbeiter-Zahlstelle sind, und diese ein Interesse daran haben, daß sie einer Krankenkasse ihres Berufes angehören können. Die Beiträge werden jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat im Lokale zum „Vogel Strauß" erhoben. In die Verwaltung sind gewählt Th. Leander, Fabrikstraße 24, Ernst Zimmermann, Betgasse 5, und W. Staudt, Pfaffengasse 7. Anmeldungen werden in obigem Lokal entgegengenommen. Auskunft ertheilen außerdem in ihrer Wohnung die drei genannten Verwaltungsmitglieder.

Hof in Bayern. In unserer nächsten Mitgliederversammlung am 5. Dezember findet ein Vortrag des Herrn Redakteurs Stücklen statt. Es wäre wirklich zu wünschen, daß die Kollegen zahlreicher erscheinen würden als bisher. Sind doch die persönlichen Reibereien auf das Beste und zur Zufriedenheit aller Kollegen geschlichtet; es hat also kein Kollege mehr Ursache, das Versammlungslokal zu meiden. Bedenkt, Kollegen, daß wir unsere Errungenschaften im vergangenen Frühjahr nur der damaligen Einigkeit verdanken. Darum, Kollegen, haltet fest an der Organisation, laßt Alles bei Seite, was unsere Zahlstelle schädigen könnte; unsere Arbeitgeber hätten Freude daran, wenn Zwiespalt in unsere Reihen käme. Erscheint also zur nächsten Versammlung vollzählig.

Konstanz. In der am 14. d. M. einberufenen Mitgliederversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, welche zahlreich besucht war, wurde zur Generalversammlung in Koburg Stellung genommen und folgender Antrag einstimmig angenommen: „A) Die Einführung eines erhöhten Krankengeldes für solche Mitglieder, welche doppelt versichert sind, in den diesbezüglichen Klassen soll bei gleicher Beitragspflicht für alle Mitglieder, unbekümmert um den ortsüblichen Tagelohn, in einer von der Generalversammlung zu bestimmenden Höhe desselben festgesetzt werden." Es wurde ferner beschlossen, dies dem Abgeordneten der 36. Wahlabtheilung zu übermitteln, welcher dies auf der Generalversammlung ganz energisch zu vertreten habe, denn bei gleicher Beitragspflicht sollen und müssen auch gleiche Rechte gewährt werden. Als Abgeordneter wurde einstimmig der Bevollmächtigte R. Schreiber hier aufgestellt.

Langenöls. Die in Nummer 46 dieser Zeitung unter Langenöls gemachte Bemerkung, daß einzelne Unternehmer Lohnabzüge von 10 bis 20 pZt. an mehreren Arbeiten zu machen versuchten, betrifft die Firma Schlesische-Holzindustrie-Gesellschaft, vormals Ruschewayh & Schmidt nicht. In der mit der Leitung dieser Firma stattgefundenen Unterredung wurde erklärt, daß an den betreffenden Möbeln, wo der Preis heruntergesetzt wurde, auch die Zeichnung derselben vereinfacht würde; bei einigen anderen Artikeln gilt der neue Preis als Dutzendpreis, und gilt für einzelne anzufertigende Stücke der alte höhere Preis. Ferner sei hier berichtigt, daß bei der im Frühjahr stattgefundenen Lohnbewegung uns eine Aufbesserung der schlecht bezahlten Möbel zugesichert, und den Arbeitern im Holzhofe und an den Maschinen eine Lohnzulage pro Woche versprochen und diese Versprechen auch gehalten wurden.

Oldesloe. Die Fabrikordnung der Firma Dürkopp in Bielefeld, welche hier eine Filiale hat, wurde einer Kritik unterzogen und beschlossen, die Angelegenheit dem Gewerkschafts-Kartell zu überweisen. Auch wurden einige Mißstände der beim Meister in Kost und Logis beschäftigten Kollegen vorgebracht. Die Lage der Stellmacher erwies sich am traurigsten. Es wird hier bei zwölfstündiger Arbeitszeit noch für M. 5—6 gearbeitet. Die nächste Versammlung findet am 13. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, statt.

Passau. Dem Berichterstatter der Versammlung vom 28. v. Mts. in Nr. 45 der „Holzarbeiter-Ztg." ist insofern ein Irrthum unterlaufen, als Kollege Dorn garnicht für Erhöhung der Beiträge gesprochen hat, was ich als Vorsitzender jener Versammlung hiermit auf Ersuchen richtig stelle.

Leop. Obermeyer.

Die Agitationskommission für Schleswig-Holstein

ladet die Zahlstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in der Provinz zu der am Sonntag, den 3 Januar 1897, beim Gastwirth Riepen in Neumünster stattfindenden öffentlichen Konferenz ein.

Vorläufige Tagesordnung: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Bericht der Delegirten. 3. Wie können wir eine bessere Agitation entfalten? 4. Verschiedenes.

Wir ersuchen die Zahlstellen nunmehr Stellung zu der vorgeschlagenen Tagesordnung zu nehmen und Delegirte zu der Konferenz zu entsenden.

Die Delegirten wollen sich so einrichten, daß sie möglichst schon Vormittags in Neumünster eintreffen. Etwaige Anträge zur Tagesordnung bitten wir rechtzeitig einzusenden.

Die Agitationskommission.
J. A.: Aug. Fiedler, Annenstraße 70a.

Eingesandt.

Der Vorstand beantragt, in die Vorlage zur nächsten Generalversammlung zu § 13 Ziffer 1 als Absatz 2 zu setzen: „Die Mitglieder, welche noch anderweitig versichert sind usw." Zu diesem Antrage möchte ich die Berliner Verhältnisse der Gesammtheit der Mitglieder klarlegen.

Berlin hat 7339 Mitglieder, also den achten Theil sämmtlicher Mitglieder. Davon sind 3395 einfach und 3944 doppelt versichert. Im dritten Quartal d. J. erkrankten 729 Mitglieder, davon waren aber nur 262 einfach versichert und 467 doppelt; letztere müßten nach der Vorlage also noch ¼ des ortsüblichen Tagelohnes, für Berlin also wöchentlich M. 4,05 mehr erhalten. Der Vorstand rechnet für Arzt und Medizin 12 ₰ Beitrag; für 12 ₰ Beitrag zahlt unsere Kasse, nach dem erhöhten Krankengeld der Vorlage, aber nur M. 3,35. Wer, frage ich nun, bezahlt denn das Fehlende an dem Viertel des ortsüblichen Tagelohnes, für Berlin M. 0,70, für Hamburg gar M. 1,15? Doch nur Diejenigen, die infolge ihrer Armuth oder sonstigen Verhältnisse nicht zwei Kassen bezahlen können. Diese würden infolge der Vorlage gezwungen werden, entweder für die Bessersituirten, welche noch zwei Kassen bezahlen können, das Fehlende zu bezahlen, oder selbst zwei Kassen beizutreten, was für Berlin allerdings das Richtigste wäre, denn der Beitrag zur hiesigen Ortskasse der Tischler beträgt für den Arbeiter M. 0,30. Für diese 30 ₰ erwirbt er sich aber als Doppelt-Versicherter von der Ortskasse freien Arzt und Medizin, und wöchentlich M. 9, und von unserer Kasse M. 4,05, also für 30 ₰ M. 13,05.

Also kurze Zeit nach Annahme dieser Vorlage hätten wir für Berlin jedenfalls nur sehr wenig Einfach-Versicherte. Aber weiter: Ein Mitglied, das von 1887 zwei Kassen angehört hat, kann der höchsten Klasse angehören, dieses Mitglied würde durch Verhältnisse gezwungen werden, in einem Orte in Arbeit zu treten, wo der ortsübliche Tagelohn M. 1,50 beträgt, dieses Mitglied würde für dieselben Beiträge, wo in Hamburg M. 4,50, in Berlin M. 4,05 gezahlt werden, an dem kleinen Orte nur M. 2,25 erhalten; wo bleiben da gleiche Pflichten und gleiche Rechte? Auf Berlin kommen aber nach der Jahresabrechnung von 1895 für Arzt, Medizin und andere Heilmittel nur 9⅓ ₰, darnach hätten also die Einfach-Versicherten an die Doppelt-Versicherten eine noch größere Prämie zu zahlen.

Also Mitglieder und Delegirte, wohl überlegt, welcher Nutzen resp. Schaden unserer Kasse erwachsen würde, wenn dieser Passus eingefügt würde.

Berlin G. **Carl Scholz.**

Aus den Berufen der Holzbranche.

Eine Mahnung an die Arbeiter in der Holzindustrie ist die in Aussicht stehende Gründung eines „Verbandes des deutschen Holzgewerbes". In Leipzig waren die Holzhändler und Holzindustriellen am 9. d. M. beisammen, um sich zur „Wahrung ihrer Interessen" zu vereinigen. Wenn die Punkte, welche zunächst als Programm des im Januar definitiv zu gründenden Verbandes gelten sollen, auch anscheinend nichts gegen die Arbeiter in diesen Berufen bedeuten, so ist es dennoch nöthig, auf der Hut zu sein. Bekanntlich kommt den Herren der Appetit beim Essen, und es ist nicht zu wissen, ob sie zur besseren Wahrung ihrer Interessen nicht auch einmal an eine intensivere Ausbeutung ihrer Arbeiter bei niedrigeren Löhnen als bisher denken könnten. Und da ihnen die Organisation der Arbeiter dabei immer so ein klein wenig hinderlich ist, möchte man sich ihrer mal zu gelegener Zeit entledigen wollen. Lernet, Kollegen, Ihr seid gewarnt! Hinein in die Organisation zur Wahrung Eurer Rechte und Eurer Berufsinteressen.

Die Lohndifferenzen in Geesthacht bei dem Korbmachermeister J. Strauer sind zu Gunsten der Gesellen erledigt.

Achtung, Bautischler! Die „Leipz. Volksztg." schreibt: In der Bautischlerei von Reinhard Schlegel in Dresden werden sämmtliche Kollegen nach Fertigstellung eines Akkords die Werkstatt verlassen, weil die Entlassung eines Kollegen, der beim Meister den Zuträger machte, nicht gewährt wurde.

Die Tischler Dresdens und Umgegend haben für ihren Beruf und die Nebenbranchen eine Statistik aufgenommen, der wir auszugsweise folgende Daten entnehmen. Ausgegeben waren 160 Werkstatt-Fragebogen. Von den 154 Arbeitgebern, deren Werkstätten in Betracht kamen, sind 69 Innungsmeister, 7 gehören der Fabrikantenvereinigung an und 78 sind bei keiner Vereinigung. Arbeiter sind bei den 154 Arbeitgebern 2317 beschäftigt, davon 681 in Pianofortefabriken, 542 in der Bau-, 315 in der Bau- und Möbel- und 240 in der Möbeltischlerei, 187 fertigen photographische Apparate, 156 Polstergestelle, 151 Hutformen und Modelle, 19 sind Stuhlpolirer, 17 arbeiten in 4 Billardfabriken und 29 sind in verschiedenen verwandten Zweigen thätig. Von 2317 Kollegen sind 1348 verheirathet, 969 ledig. In 46 Werkstätten resp. Fabriken wird in Lohn, in 113 in Akkord gearbeitet. Der Arbeitslohn im Durchschnitt beträgt bei Lohnarbeitern pro Stunde 34½ ₰, bei Akkordarbeitern 38 ₰. In einzelnen Branchen, z. B. Billardfabrikation,

beträgt der Lohn 36¼ ₰ pro Stunde, der Akkordarbeiter erzielt aber nur einen solchen von 30 ₰ die Stunde. In den übrigen Branchen ist der Akkordlohn um ein Geringes höher, und zwar von ½ ₰ bis 7¼ ₰ die Stunde. Mit Maschinenbetrieb arbeiten im Hause 46 Arbeitgeber, außer dem Hause 37. Der Rest, fast die Hälfte, arbeitet ohne Maschinenkraft. Die Arbeitszeit ist sehr verschieden, die kürzeste ist in den Pianofortefabriken, 9¼ Stunden Durchschnitt, die längste in der Bautischlerei, 10½ Stunden durchschnittlich. Es arbeiten 8½ Stunden 10 Kollegen, 9 Stunden 95, 9½ Stunden 246, 10 Stunden 1734, 10½ Stunden 135 und 11 Stunden 107 Kollegen. Ueberstunden wurden gemacht von 390 Kollegen 50 886 Stunden, davon allein in der Pianofortebranche 11 765 von 54 Kollegen, in der Bautischlerei 12 890 von 46 Kollegen, in der Modell- und Hutformtischlerei 10 003 von 107 Kollegen. Bezahlt werden die Ueberstunden denn doch glücklicherweise noch alle, besser bezahlt wie die gewöhnlichen Arbeitsstunden werden sie nur in 15 Fällen, und zwar in 10 Fällen von 5—25, in 2 von 30—50, in 2 von 10—16, in einem Falle von 15 pZt. im Durchschnitt mit 20 pZt. Der Durchschnittslohn pro Woche beträgt M. 20,83, der niedrigste M. 17,10. Den Durchschnittslohn und mehr verdienten 944 Kollegen, weniger als den Durchschnitt 892 Kollegen. Ferner geht aus der Statistik hervor, daß die Arbeiter mit dem geringsten Verdienst am längsten arbeiten müssen. So arbeiten z. B. von den 186 Polstergestellarbeitern nur 28 10 Stunden, 40 10½ Stunden und 68 11 Stunden, der höchste Lohn beträgt aber nur M. 19,40, der niedrigste Durchschnittslohn M. 14 pro Woche. Mit der Organisation steht es im Verhältniß zu vielen anderen Orten nicht so ungünstig. Von den 2317 in der Statistik Aufgeführten sind 985 organisirt, davon 908 im Holzarbeiterverband. Immerhin bleibt noch ein gutes Stück Agitationsarbeit übrig, um die Fernstehenden zur Organisation heranzuziehen. Wir haben zu den Dresdner Kollegen das Vertrauen, daß sie es an Arbeit und Opfern nicht fehlen lassen, die Indifferenten aufzuklären und sie für den Holzarbeiterverband zu gewinnen. Die aufgenommene Statistik ist ein bedeutsamer Schritt auf diesem Wege, sie wird ihnen recht oft gute Dienste leisten.

An Milzbrandvergiftung mußte in Nürnberg ein 31jähriger Kollege, der Frau und Kinder hinterläßt, sein Leben einbüßen. Wie lange wird es noch dauern, bis die Reichsregierung endlich den berechtigten Klagen der Arbeiter durch Anordnung, daß eine gründliche Desinfektion der Borsten und Haare vorgenommen werde, ein Ende macht? Möge sich die Regierung hüten, daß nicht der stillverhaltene Verdacht der Arbeiter, das Unternehmerinteresse und der Profit der Bürsten- und Pinselfabrikanten stehe ihr höher als Menschenleben, offen ausgesprochen wird. Der Unternehmerprofit leidet wahrlich nicht, wenn wirklich größere Aufwendungen für Desinfektion gemacht werden müssen. Die Dividende der vereinigten Pinselfabriken betrug in diesem Jahre 10 Prozent, gleich M. 554 342. 1 Prozent weniger, und die „arbeitsamen" Aktionäre werden trotzdem nicht verhungern.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Lohnbewegung. In Friedrichsfeld bei Mannheim haben in der Steinzeugwaarenfabrik 56 Thonwaarenarbeiter die Arbeit eingestellt. Der Fabrikant hatte verlangt, daß zwei Arbeiter, die Schwiegersöhne eines Meisters sind, aus dem Verbande auszutreten hätten, da ihre Zugehörigkeit zu dem Verbande die Disziplin lockere. Der Austritt sollte bis zum nächsten Morgen um 9 Uhr erfolgt sein, widrigenfalls die Entlassung erfolge. Die Arbeiter traten nicht aus; und die Entlassung war die Antwort! Alle, bis auf Fünf, erklärten sich mit ihren gemaßregelten Kollegen solidarisch und stellten sofort die Arbeit ein. Pflicht aller Arbeiter ist es, für möglichste Fernhaltung des Zuzugs Sorge zu tragen.

In der Fahrradfabrik von Liepe & Breest in Brandenburg haben 44 Schlosser, Schleifer und Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt.

In Hamburg befinden sich zu. 5000 Hafenarbeiter im Streik.

Eine Konferenz der Arbeiterbeisitzer an deutschen Gewerbegerichten tagte, wie schon mitgetheilt, am 15. und 16. November in Halle. Vornehmlich handelte es sich bei der Zusammenkunft um Stellungnahme zu der Innungsnovelle.

Dieser Entwurf bezweckt eine Beschränkung der gesammten Thätigkeit der Gewerbegerichte. Es soll der Personenkreis, aus dem die Arbeitnehmer-Beisitzer gewählt werden können, eingeengt, überhaupt das Wirkungsgebiet der Gewerbegerichte geschmälert werden, so daß sie bei Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten nicht mehr als allein ausschlaggebender Faktor in Betracht kommen. Für fast alle Gewerbe (der Entwurf zählt in § 82 nicht weniger als 85 auf) sollen Innungen errichtet werden, denen sämmtliche Gewerbetreibende des örtlichen Bezirks der Innung kraft des Gesetzes angehören müssen. Alle Innungen sollen berechtigt sein, Schiedsgerichte zu bilden, die dann einen großen Theil solcher Streitigkeiten zu schlichten haben würden, welche heute vor die Gewerbegerichte gehören.

Jene Innungsschiedsgerichte würden auch nicht, wie die Gewerbegerichte, bei bestimmten Fällen das Recht der endgültigen und schnellen Entscheidung haben, sondern nur Vorentscheidungen abgeben, gegen die innerhalb zehn Tage das ordentliche Gericht angerufen werden kann. Es sind Vorschriften in dem Entwurfe enthalten, durch welche die Gewerbegerichte von allen in ihrem Bezirke liegenden Innungen außer Thätigkeit gesetzt würden; sie würden dann noch die Streitigkeiten der in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter zu entscheiden haben. Die Rechtsprechung der Innungen bietet auch nicht diejenigen Garantien der Unparteilichkeit, wie die Gewerbegerichte, die durch freie, geheime Wahl aller Gewerbetreibenden zusammengesetzt sind. Die Innungen und Zünfte haben jetzt ausgedient; auf sie wieder aufbauen, hieße sich nach rückwärts bewegen. Hiergegen will sich die Konferenz wenden und eine wirksame Agitation entfalten, um den Entwurf zu Falle zu bringen. Es soll der Grundstein zum weiteren Ausbau der Gewerbegerichte gelegt und allen reaktionären Versuchen, die Bedeutung der Gewerbegerichte illusorisch zu machen, entgegengearbeitet werden.

Anwesend waren 41 Beisitzer, die die gleiche Zahl Gewerbegerichte vertraten. Außer dem Hauptpunkte wurde noch auf die Tagesordnung gestellt: „Die praktische Thätigkeit der Gewerbegerichtsbeisitzer im Amte", „Stellungnahme zur Gesindeordnung" und „Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die Handlungsgehülfen". Ueber die „Organisationsfrage" sprach der Nürnberger Beisitzer. Er wendete sich aus vereinsgesetzlichen Gründen gegen eine feste Organisation, er rieth, lose Fühlung zu nehmen, damit das, was geschaffen worden, nicht wieder entrissen werde. Dieser Ansicht schloß sich auch Körsten-Berlin und Barthels-Magdeburg an. Bartels-Lübeck erklärte, daß die Einberufer der Konferenz nicht geplant hätten, eine feste Organisation zu gründen, sondern nur einen Zentralpunkt zu schaffen, an den man sich in dringenden Fällen wenden könne. Empfohlen wurde, die Thätigkeit der Arbeitnehmer-Beisitzer durch die Gewerkschaftskartelle zu beaufsichtigen. Dagegen wendet sich sehr mit Recht Martienßen-Hamburg. Von dem Tage an, wo der Beisitzer gewählt sei, dürfe er in seiner gerichtlichen Thätigkeit nicht beeinflußt werden. Er habe nach bestem Wissen und Gewissen sein Urtheil abzugeben und die politische Parteistellung dürfe nicht in Betracht kommen. Und im Uebrigen müßten die Wähler, die in den Gewerkschaften vertreten sind, selbst wissen, was sie zu thun hätten.

Die Konferenz sprach sich für die Aufhebung der Gesindeordnungen und Unterstellung des Gesindes unter die Gewerbeordnung aus.

Ueber die Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die Handlungsgehülfen referirte Lipinski-Leipzig und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Kongreß der Gewerbegerichtsbeisitzer Deutschlands erachtet die jetzt den Handlungsgehülfen gewährte Rechtshülfe den veränderten sozialen Verhältnissen nicht mehr entsprechend und für ungenügend, sowie für zu kostspielig und langwierig und erklärt sich für die Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die Handlungsgehülfen, weil diesen dadurch, ohne ihre besonderen Berufsinteressen zu verletzen, eine ebenso schnelle und billige wie sachgemäße Erledigung ihrer Klagen möglich ist. Demgemäß spricht sich der Kongreß auch für das Wahlrecht und die Wahlfähigkeit der Handlungsgehülfen zum Gewerbegericht aus."

Gegen die vielfach beliebte Zusammenlegung von Klagen, um sie berufungsfähig zu machen, wenden sich mehrere Redner und wurde eine Resolution angenommen, wonach die Berufung gegen Gewerbegerichtsurtheile überhaupt nicht statthaft sein soll.

Ferner wurde beschlossen, in allen Orten anzuregen, daß die Wahlen zu den Gewerbegerichten an einem Sonntage vorgenommen werden.

Nach längerer Diskussion gelangte dann folgende Resolution zur Annahme:

„1. Die heutige Konferenz der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) sieht von einer festen Organisation ab; empfiehlt dagegen, einen Zentralpunkt zu bestimmen, der in interessirenden Gemeinfragen geeignete Schritte zur Verständigung unternimmt und eventuell die Beisitzer zu Konferenzen zusammenberuft. 2. Die Aufsicht über die Beisitzer (Arbeitnehmer) außer ihrer gerichtlichen Thätigkeit empfiehlt die Konferenz den örtlichen Gewerkschaften. 3. Als geeigneten Ort für den Zentralpunkt wird Berlin bestimmt."

Die Presse betreffend, wird mitgetheilt, daß sowohl der Redakteur des „Gewerbegericht" (Assessor Cunow) als auch die Generalkommission sich bereit erklärt hätten, ihre Blätter zur Verfügung zu stellen.

In der Debatte wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß das „Gewerbegericht" bei seiner von Arbeitern nicht beeinflußten Redaktion nicht den Wünschen der Arbeiter und namentlich nicht den Klagen gegen Gewerbegerichtsvorsitzende Raum geben werde, und daß das „Correspondenzblatt" dies wegen Raummangels nicht thun könne. Von anderer Seite wurde betont, daß im „Gewerbegericht" die gefällten Urtheile besprochen werden, daß man aber Differenzen mit Vorsitzenden und die Mängel einzelner Gewerbegerichte örtlich in öffentlichen Versammlungen kritisiren solle. Als Publikationsorgan für Anträge und Gewerbegerichtsurtheile wurde mit 21 gegen 20 Stimmen das „Gewerbegericht" gewählt. Die einzelnen Gewerbegerichtsbeisitzer sollen die Urtheile dem „Gewerbegericht" selbst einsenden.

Der Kongreß der lokalorganisirten Arbeiter Deutschlands, dessen wir in Nr. 46 erwähnten, ist nun doch für den 25. Dezember geplant, und zwar soll er in Barmen stattfinden. Vorgeschlagen ist für die Tagesordnung u. A.: Zweck und Nutzen der Arbeiterorganisationen. Das Recht auf Existenz. Verkürzung der Arbeitszeit. Wann sind Streiks zu führen und von Nutzen? Gründung einer Zeitschrift für lokalorganisirte Arbeiter. Allgemeine Anträge. Verschiedenes. Sämmtliche Anträge und Fragen sind zu richten an Hermann Poludnik, Drechsler, Barmen, Westkotterstr. 12.

Alles Punkte, die so allgemein bekannt sind, daß wahrlich zu ihrer Erörterung kein Kongreß nothwendig wäre. Das haben auch wohl die Herren Keßler und Genossen eingesehen, daß mit dem Einberufer keine Seide zu spinnen ist, denn sie haben bekanntlich abgewiegelt, und nicht mit Unrecht; denn Leute, die Kongresse einberufen zwecks Erörterung von Elementarfragen in der Gewerkschaftsbewegung, die brauchen wahrlich nicht ernst genommen zu werden. Vielleicht liegt's dem guten Mann aber nur einzig an der Gründung einer Zeitung; nun, da wird ihm aber Herr Keßler in die Suppe spucken, wenn er ihm von den paar hundert Abonnenten seines „Bauhandwerker" noch einige wegangeln wollte.

Der Verband der Bauarbeiter beruft seinen 3. Verbandstag zum 17. Februar nach Berlin ein. Ihm vorauf geht ein öffentlicher Kongreß sämmtlicher Bauarbeiter und Berufsgenossen. Auf der Tagesordnung desselben steht u. A.: Der moderne Bauschwindel und seine Folgen für die Arbeiter; ferner: Die Arbeiterschutzgesetze.

Der Zentralverband der Maurer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands beruft zum 14. März 1897 seinen 4. Verbandstag nach Magdeburg ein. Außer den üblichen Punkten: Berichterstattung usw., steht auf Tagesordnung: Stellungnahme zur Generalkommission, zum Fachorgan „Der Grundstein", die Lohnbewegung in den Jahren 1895 und 1896 und was lehrt uns dieselbe? die bevorstehende Lohnbewegung im Jahre 1897, und Beschaffung der Mittel zur Unterstützung der streikenden Kollegen, soweit dieselben — bei den jetzigen Beiträgen — aus der Verbandskasse nicht gedeckt werden können. Den Maurern scheint sich angesichts der vielen Lohnkämpfe, zu denen die günstige Konjunktur unwillkürlich drängt, die Ueberzeugung aufgedrungen zu haben, daß den Wünschen, die Lage der Berufskollegen zu bessern, nur dann stattgegeben werden kann, wenn Mittel dazu vorhanden sind, und sollen diese, der Tagesordnung nach zu urtheilen, durch Erhebung höherer Beiträge beschafft werden.

Die Tapezierer Deutschlands wollen zum Januar nächsten Jahres eine Konferenz nach Berlin einberufen, um sich über die Schritte, welche zwecks besserer Organisirung zu thun sind, schlüssig zu werden. Die einleitenden Arbeiten hat eine Kommission Hamburger Mitglieder des deutschen Tapezierervereins übernommen. Aus einem Nachsatz der Redaktion geht hervor, daß sich anscheinend Sonderbestrebungen für Lokalorganisationen unter den Mitgliedern geltend machen. Sie sagt: „Die Kollegen Hamburgs gehen von dem Standpunkt aus, welchem jeder offen und ehrlich Denkende beipflichten muß: daß alles Schreiben und Reden unter den jetzigen Zuständen werthlos ist, daß die gesammten Kollegen Deutschlands nur es sind, die dazu berechtigt sind, die Organisationsform zu wählen, welche sie als die beste für unser Gewerbe halten.

Jedwede Sonderstellung ist zu verwerfen und zu verurtheilen, da sie der Gesammtheit nur Schaden bringt; deshalb hoffen wir auch, daß die Kollegen Deutschlands den Aufruf richtig beurtheilen und ihrer Willensmeinung Achtung verschaffen werden. Mag die Abstimmung ausfallen wie sie will, wenn man offen und ehrlich dafür strebt, wird die Erlösungsstunde auch für die Tapezierer Deutschlands schlagen, die sie endlich aus dem verhängnißvollen Wirrwarr zur Einigkeit führt.

Eine Berliner Versammlung ist „im Prinzip mit der Abhaltung einer gemeinsamen Konferenz einverstanden, hält aber vorher eine separate Konferenz der Anhänger der lokalen Richtung für nothwendig." Wir vertrauen dem gesunden Sinne der deutschen Tapezierer, daß sie erkennen werden, daß angesichts der immer stärker sich vereinigenden Arbeitgeber eine Zusammenfassung der Kräfte aller Berufskollegen in der Zentralorganisation nothwendig ist und keine Zersplitterung durch Gründen von Lokalorganisationen herbeigeführt wird, vielmehr die bestehenden sich auflösen und dem Zentralverband sich anschließen werden.

Ein Kongreß der Graveure und Ziseleure wird am 25. Dezember und folgende Tage in Berlin stattfinden.

Der Verband deutscher Brauer zählt laut Ausweis der Abrechnung vom zweiten Quartal 6855 Mitglieder. Die Einnahme bezifferte sich, einschließlich des Kassenbestandes vom ersten Quartal, auf M. 22 352, die Ausgabe auf M. 17 955,98, darunter für Reiseunterstützung M. 831,69, Arbeitslosenunterstützung M. 1236, Gemaßregeltenunterstützung M. 942,31, Agitation M. 764,40. Gegen das erste Quartal hat der Verband um 649 Mitglieder zugenommen, was sicher ein guter Erfolg zu nennen ist.

Ein Denkmal wurde dem ehemaligen Gewerkschaftsführer und Sekretär des Boltoner Distrikts der Baumwollenspinner, John J. Fildings, gesetzt. Die Kosten des Denkmals haben die Gewerkschaften gemeinsam aufgebracht. Mehr als 20 000 Gewerkvereinsmitglieder waren bei der Enthüllung zugegen; ferner der Minister Lord James of Hereford, ein Delegirter des Handelsministeriums (Fildings bekleidete in seinen letzten Lebensjahren das Amt eines lokalen Berichterstatters des Labour Departements des genannten Ministeriums), Fabrikinspektoren, mehrere Parlamentsmitglieder, der Bürgermeister von Bolton nebst mehreren Stadträthen, Vertreter von Unternehmerorganisationen usw. Der Hauptredner war Lord James, welcher die Bedeutung der Gewerkvereine für das soziale Leben in's Licht stellte. Der Delegirte des Labour Departements und zwei Fabrikinspektoren hoben die Nützlichkeit der Gewerkvereinsbeamten für arbeitsstatistische Untersuchungen und für die Durchführung des Arbeitsschutzes hervor und bekundeten die innige Verbindung zwischen den staatlichen Organen der Sozialreform und den Beamten der Arbeiterorganisationen. Der Chef der großen Baumwollspinnerei Richard Harwood & Son sagte u. A.: „Diejenigen, die mich kennen, wissen wohl, daß ich seit mehr als zwölf Jahren von der Ueberzeugung durchdrungen bin, das Prinzip des Trade-Unionismus habe mehr für den Vortheil Englands gethan als irgend ein anderes Prinzip. Immer und immer wieder habe ich meinen Arbeitgeberkollegen gesagt, daß es nichts Besseres für das Geschäft giebt, als daß die Arbeiter und die Arbeitgeber durchaus organisirt sind ..... Die Erfahrung, die mein Vater als Baumwollspinner machte, ist werth, im Gedächtnisse behalten zu werden. Er pflegte zu sagen, daß die Zeit, die durch Streiks verloren werde, seitdem die Gewerkvereine gegründet worden, nicht ein Viertel der Zeit war, die so verloren wurde, als noch jeder Unternehmer für sich allein mit seinen eigenen Arbeitern verhandelte. Nicht nur dies, durch die Organisation der Arbeiter wird auch die Qualität der Arbeit verbessert ..... Die Zeit ist vorbei, in der es ungesetzlich war, Gewerkvereine zu haben, und ich würde gern ein Stadium erleben, in dem es ungesetzlich ist, keine Gewerkvereine zu haben."

In Preußen-Deutschland kann man hohe Beamte und Unternehmer, die so vernünftig denken, freilich mit der Laterne suchen. Ihnen ist, soweit Arbeitnehmer in Betracht kommen, jede Organisation ein Greuel und kein Mittel schlecht genug, um es gegen dieselben anzuwenden, von der übergroßen „Zuvorkommenheit und Liebenswürdigkeit" der Behörden, die ihnen zu Theil wird, ganz zu schweigen.

Da freie Organisationen und Ehrung der Gewerkschaftsführer, hier: Polizei und Gerichte, Aushungerung nebst Verbannung der Führer. Dafür leben wir aber auch in einem freien Rechts- und Kulturstaate.

Die Maschine drängt zur Verkürzung der Arbeitszeit. In Amerika steht bei den Buchdruckern die fünftägige Arbeitswoche im Vordergrunde der Besprechung. Es soll nämlich unter den Mitgliedern über diese Frage eine Urabstimmung vorgenommen werden. Schwer und als ungerecht wird es empfunden, daß den vielen Opfern der Setzmaschine gegenüber die wenigen Maschinensetzer auch noch eine erhöhte Lohnskala besitzen; es soll also die Arbeitsgelegenheit durch die weitere Beschränkung der Arbeitszeit um einen Tag vermehrt und dadurch den Arbeitslosen ihre trostlose Lage verbessert werden.

Polizeiliches und Gerichtliches.

In eigener Sache. Am 20. November stand vor dem Schöffengericht in Emden Termin an gegen Kollegen A. Röske wegen Beleidigung des Bürstenmachers Buss daselbst. Die Beleidigung soll enthalten sein in einer Korrespondenz in Nr. 32 der „Holzarbeiterzeitung" aus Emden. Ueber den Verlauf der Verhandlung ist uns nichts bekannt.

Kollege Röske war nicht zum Termin erschienen, ließ sich vielmehr durch Herrn Rechtsanwalt und Notar Cramer in Emden vertreten. Das Urtheil lautete, wie uns der Anwalt mittheilt, auf ℳ 50 Geldstrafe, Tragung der Kosten und Publikation des Urtheilstenors in der „Holzarbeiterztg.". Die Zeugen, schreibt uns der Herr Anwalt, hätten leider die Wahrheit der Behauptungen in der fraglichen Korrespondenz nicht bekunden können; von einer Berufung rathe er entschieden ab.

Es muß also mit der wahrheitsgemäßen Berichterstattung an die „Holzarbeiterztg." recht windig ausgesehen haben. Vielleicht kommen wir noch einmal darauf zurück.

Gegen das Urtheil im Prozeß Auer und Gen., als Vorsteher und Leiter der sozialdemokratischen Parteiorganisation, war Berufung eingelegt und fand daher am 10. November Verhandlung statt. Das Urtheil lautet:

Das Urtheil des Landgericht I zu Berlin vom 18. Mai d. J. wird, insoweit es die Schließung der Parteileitung und der vier Wahlvereine verfügt und die Verurtheilung der Angeklagten zu Geldstrafen ausspricht, aufgehoben. Die Sache wird an die Vorinstanz zurückverwiesen. Der Senat hat mit dem Ober-Reichsanwalt die prozessualen Rügen für unerheblich gehalten. Ferner ist er mit dem ersten Richter der Ansicht, daß nicht nur die Wahlvereine Vereine sind, sondern auch der Parteileitung der Charakter eines Vereins beigelegt werden muß. Die Leitung hat diesem Verein nicht gefehlt. Nach Feststellung der Strafkammer waren die Mitglieder nicht koordinirt, sondern sie haben unter der aus den fünf Personen bestehenden Leitung ihre Thätigkeit geübt. Auch die Frage der Verbindung hat der Senat mit Ja beantwortet. Es handelte sich nicht um bestimmtes Geld, sondern die Feststellung genügt und ist rechtlich unbedenklich: Der eine Verein hat den anderen mit Geld unterstützt. Die einzig zweifelhafte Frage blieb die, ob die Voraussetzungen des § 8 vollständig festgestellt sind insofern, ob die Parteileitung politische Gegenstände in Versammlungen erörtert hat. Es muß hierbei in jedem einzelnen Falle geprüft werden, was unter einer Versammlung zu verstehen ist. Nicht jede Zusammenkunft eines politischen Vereins ist eine Versammlung. Es ergiebt sich auch aus der Entstehung des Gesetzes, daß nicht jede private Zusammenkunft schon eine Versammlung ist. Das Gesetz spricht von Vorstehern, Leitern und Ordnern; das Alles deutet darauf hin, es muß etwas mehr sein als eine Vereinigung von Privatmitgliedern. Eine rechtliche Definition über den Unterschied zwischen Sitzung und Versammlung ist allgemein nicht zu geben. Es ist aber dabei die Zahl nicht außer Acht zu lassen, auch die Art der Zusammenkünfte und die Gegenstände der Berathung sind nicht außer Acht zu lassen. Wenn auch die Partei kein Verein ist, so hätten doch die Geschäfte der Parteileitung mehr den Charakter von Vorstandsgeschäften; ihre Zusammenkünfte mehr den Charakter von Sitzungen als von Versammlungen. Besonders sei aber darauf hingewiesen, daß der Parteileitung die Einberufung der Parteitage oblag. Unter diesen Umständen scheint es nicht ausgeschlossen, daß ein Gericht hierin den Zweck erblicken könnte, politische Erörterungen in Versammlungen zu veranlassen. Auf weitere Erörterungen einzugehen, sah der Senat keinen Anlaß.

Wegen Kontraktbruchs hatten sich am 11. November 286 Lithographen und Steindrucker vor dem Gewerbegericht in Berlin zu verantworten. Das Urtheil lautete gemäß dem Klageanspruch auf Verurtheilung der Beklagten zur Zahlung der festgesetzten Geldbuße im Betrage von je eines durchschnittlichen Wochenverdienstes an die klagbar gewordenen Firmen. Die Kosten des Verfahrens wurden den Verurtheilten auferlegt. Eine ganze Anzahl war bereits zu gleichen Strafen verurtheilt worden. Das ist der Unternehmer Rache; und daraus ergiebt sich für die Arbeiter die Lehre, vor Eintritt in eine Lohnbewegung die Kündigungsfrist innezuhalten und für die Folge für ein möglichst kurzes Kündigungsverhältniß einzutreten, wenn es nicht noch rathsamer erscheint, jede Kündigungsfrist zu beseitigen.

Technisches.

Imitation von altem Eichenholz. Die Farbe des alten braun-schwarz gewordenen Eichenholzes soll man mit einer Abkochung von 1 Theil Gerberlohe aus frisch gemahlener Eichenrinde junger Stämme und 4 Theilen Wasser, das mit ½ Theil Soda versetzt ist, nachahmen können, indem man die Beize weiß auf's Holz (am besten Eschen- oder Rüsternholz) bringt und, wenn ziemlich trocken, mit einer zehnprozentigen Lösung von doppelchromsaurem Kali nachbeizt.

Literarisches.

Soeben erschien: **„Die Cholera und die Hamburger Verfassungsreform."** 48 S. Preis 50 ₰. Selbstverlag des Verfassers, Herrn Harro Köhnke, Eimsbüttel, Marktplatz 2. Der Verfasser, ein Hamburger Volksschullehrer, einem großen Theil der Hamburger Arbeiter, speziell denen des früheren Arbeiter-Fortbildungsvereins in Eimsbüttel, bekannt, hat sich in der obigen Broschüre der recht dankenswerthen Arbeit unterzogen, eine in chronologischer Reihenfolge geordnete Darstellung zu bringen über die Zustände Hamburgs zur Zeit der Cholera im Jahre 1892 und über die Ursachen, die dazu führten, daß mehr als 10 000 Personen dieser schrecklichen Seuche zum Opfer fielen. Er bringt dann eine Uebersicht über die Verhandlungen der Bürgerschaft und des Senats, jedesmal das Datum der Sitzungen und die Beschlüsse, welche gefaßt wurden, angebend, soweit sie sich auf die Beseitigung der Mißstände im Wohnungswesen, in der Wasserfiltration usw. beziehen, führt ferner aus, welch ein Nothstand seiner Zeit und noch in den Jahren 1893 und 1894 in Hamburg herrschte (unter Beifügung statistischen Materials), reproduzirt die Resolutionen, welche in den vielen Arbeitslosen-Versammlungen gefaßt und die Haltung und Antworten des Senats zu denselben, und kommt dann in längeren Ausführungen auf das „große Hamburger Reformwerk": **Die Rechtlosmachung tausender Steuerzahler an der Mitverwaltung des Hamburgischen Staatswesens**, zu sprechen. Der Verfasser hat Recht, wenn er von einer besonderen Schilderung der Hausagrarier-Charaktere, die die Mehrheit der Bürgerschaft bilden, abgesehen hat; die Unverschämtheit dieser Sorte der Hamburgischen Volksvertretung kann garnicht besser illustrirt werden als durch die nackte Wiedergabe ihrer eigenen Ausführungen über das Kahlpfändungsrecht usw. in der Bürgerschaft selbst, und diese hat der Verfasser in seiner Broschüre der Nachwelt erhalten. Trefflich ersieht man aus den Diskussionen und Beschlüssen über das Bürgerrecht der unbemittelten Klassen die Angst der Hausagrarier und sonstiger Interessenmeier sich spiegeln, daß durch ein zu weitgehendes „Recht" die Möglichkeit gegeben sei, einen „sozialdemokratischen Bürgermeister nach Berlin schicken" zu müssen. Am Schlusse der Broschüre ist das neue Hamburger Staatsangehörigkeitsgesetz abgedruckt. — Wir können die kleine Broschüre vornehmlich allen Hamburger Kollegen empfehlen, sie ist gleichsam ein Nachschlagebüchlein über die Geschichte der Rechtlosigkeit der Arbeiter im „freien Rechtsstaat" Hamburg.

Briefkasten.

Offenburger Konferenzbericht mußte wegen Raummangels zurückbleiben.

Hamm, K. B. Bilder erhalten Sie bei Herrn Jean Holze, Gr. Drehbahn 45. Wer Büsten liefert, wissen wir leider nicht.

H.-Münden, W. G. Das kommt darauf an, ob es am Orte bisher üblich war; eine gesetzliche Verpflichtung, die gesetzlichen Feiertage zu bezahlen, besteht für die Arbeitgeber nicht, auch dann nicht, wenn in Wochenlohn gearbeitet wird. Im Uebrigen hängt die in Ihrem Sinne gemeinte Entscheidung ganz von dem Ermessen der Gewerbegerichte und der am Orte üblichen Praxis der Lohnzahlung ab.

Lüneburg, L. R. Erst in letzter Nummer haben wir eine solche Adresse bekannt gegeben. Wenden Sie sich aber außerdem an die Firma Ruschewey & Schmidt in Langenöls in Schlesien und an Herrn C. A. Gerster in Mainz.

Fürth, E. K. Sie können dafür nicht verantwortlich gemacht werden, selbst dann nicht, wenn die Kiste zu klein gewesen sein sollte. Sache des Packers war es dann, die Scheiben nicht einzupacken. Im Uebrigen, wer bürgt dafür, daß von anderer Seite die nöthige Vorsicht angewandt wurde? Den Letzten beißen in der Regel die Hunde; Sie sind es aber nicht.

Mühlheim, F. Gewiß; zunächst Anfrage bei der Aufgabestelle einreichen, dann weiter; wenn dort nicht erledigt, beim Hauptseifenbahn-Betriebsamt.

F. W. St. Nein; zudem werden Sie zu dem angegebenen Preise wohl kein solches Buch bekommen.

Kassel, ? Burg, O. E. Sämmtliche eingesandten Berichte, soweit sie den Lauterberger Streik betreffen, haben wir der Preßkommission übergeben. Diese wird über die Aufnahme entscheiden.

Passau, L. O. Sie haben den fraglichen Bericht doch mit unterschrieben, haben Sie ihn denn vorher nicht durchgelesen?

Wolgast, M. Z. Das gewünschte Tourenbuch erhalten Sie vom Vorstand.

Aschaffenburg, T. F. Was Sie mittheilen, dürfte wohl bei sehr vielen Mitgliedern zutreffen, ein Grund, denselben bloszustellen, ist damit nicht gegeben; wir lehnen daher die Veröffentlichung der Warnung ab.

Altona. O. W. Betrag von ℳ 9 erhalten. Stimmt so.

Driesen, Zahlstelle. Nächste Nummer.

Cleveland, E. K. In Hamburg-Winterhude, Alsterdorferstraße 68.

München, C. B. 1. Ja; natürlich muß von der Stelle, die sie beschäftigt, die Hälfte des Beitrags gezahlt werden. 2. Nein, damit, daß sie die gezahlten Beiträge zurück verlangt, begiebt sie sich aller Rechte an die Invaliditäts- und Altersversicherung. Wir rathen nicht dazu.

Görlitz, R. T. Woher, lieber Freund, sollen wir den Raum nehmen und nicht stehlen? In letzter Nummer waren es 31 Einsendungen, die sicher, wenn wir alle ungekürzt hätten aufnehmen wollen, auf acht Seiten nicht hätten plazirt werden können. Das Einzige, was in dem Görlitzer Bericht neu war, ist die Aufhebung des Obligatoriums der „Holzarbeiter-Ztg.", weil dann viel Geld gespart würde, das heute für die Vertreibung ausgegeben werden müsse. Ein Bericht aus Zittau ist unseres Wissens hier nicht eingegangen.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. H. 3 in Hamburg.)

Nachstehend macht der Vorstand die Wahlresultate für die Abgeordneten zur vierzehnten Generalversammlung nach Coburg bekannt. Es sind direkt gewählt im ersten Wahlgange:

In der 1. Wahlabtheilung: W. Rodewald, Hamburg VI, mit 32 Stimmen gegen 17 Stimmen.

2. Abtheilung: A. Hillig in Hamburg II mit 31 Stimmen gegen 11 Stimmen.

5. Abtheilung: Außem in Hamburg V mit 41 Stimmen.

6. Abtheilung: W. Bötel in Altona mit 22 Stimmen gegen 1 Stimme.

7. Abtheilung: H. Warning-Kiel mit 132 Stimmen gegen 65 Stimmen.

8. Abtheilung: L. Meßfeld in Fackenburg mit 111 Stimmen gegen 59 Stimmen.

9. Abtheilung: L. Degen in Schwerin mit 62 gegen 15 Stimmen.

11. Abtheilung: C. Gruhl in Nowawes mit 163 gegen 90 Stimmen.

12. Abtheilung: W. Koppe in Rixdorf mit 125 gegen 73 Stimmen.

13. Abtheilung: C. Munk in Berlin A mit 21 gegen 17 Stimmen.

14. Abtheilung: H. Pielecke in Berlin B mit 33 gegen 20 Stimmen.

15. Abtheilung: O. Witte in Berlin C mit 32 gegen 19 Stimmen.

17. Abtheilung: G. Fuchs in Berlin E mit 20 gegen 19 andere Stimmen.

18. Abtheilung: E. Rieb in Berlin F mit 16 gegen 12 Stimmen.

19. Abtheilung: C. Klose in Berlin G mit 37 gegen 16 Stimmen.

20. Abtheilung: G. Seifert in Berlin H mit 35 gegen 11 Stimmen.

21. Abtheilung: W. Kohler in Breslau mit 162 gegen 73 Stimmen.

22. Abtheilung: W. Kretzschmar in Dresden-Altstadt mit 363 Stimmen.

23. Abtheilung: R. Straube in Chemnitz mit 218 gegen 44 Stimmen.

24. Abtheilung: L. Steinbach in Altenburg mit 124 gegen 66 Stimmen.

25. Abtheilung: A. Peter in Zeitz mit 85 gegen 36 Stimmen.

26. Abtheilung: L. Krämer in Coburg mit 218 gegen 114 Stimmen.

27. Abtheilung: A. Reuter in Magdeburg mit 242 gegen 114 Stimmen.

28. Abtheilung: G. Malchert in Halle a. S. mit 79 gegen 75 Stimmen.

29. Abtheilung: C. Müller in Schkeuditz mit 110 gegen 3 Stimmen.

32. Abtheilung: O. Kästner in München mit 283 Stimmen.

33. Abtheilung: F. Zick in Fürth mit 213 gegen 35 Stimmen.

34. Abtheilung: G. Eitzinger in Nürnberg mit 330 gegen 15 Stimmen.

35. Abtheilung: H. Bullmer in Würzburg II mit 287 gegen 137 Stimmen.

39. Abtheilung: J. Plaaß in Karlsruhe mit 420 gegen 39 Stimmen.

40. Abtheilung: G. Fluhrer in Schwetzingen mit 381 gegen 218 Stimmen.

41. Abtheilung: P. Wohlschlegel in Neckarau mit 76 gegen 52 Stimmen.

42. Abtheilung: W. Gaul in Frankenthal mit 115 gegen 106 Stimmen.

43. Abtheilung: H. Platz in Neustadt a. Haardt mit 296 gegen 284 Stimmen.

44. Abtheilung: Sterger in Weinheim mit 478 gegen 76 Stimmen.

45. Abtheilung: J. Germann in Mainz mit 143 gegen 2 Stimmen.

46. Abtheilung: W. Stephan in Darmstadt mit 160 gegen 100 Stimmen.

51. Abtheilung: G. Schmidt in Offenbach mit 61 gegen 27 Stimmen.

52. Abtheilung: A. Hildebrandt in Göttingen mit 370 gegen 35 Stimmen.

53. Abtheilung: L. Krob in Bielefeld mit 88 gegen 30 Stimmen.

54. Abtheilung: F. Derbe in Hannover mit 129 gegen 4 Stimmen.

57. Abtheilung: N. Scharf in Köln II mit 123 gegen 117 Stimmen.

58. Abtheilung: H. Fechner in Deutz mit 251 gegen 12 Stimmen.

Stichwahlen sind erforderlich:

In der 3. Abtheil. zwischen J. Heitgres mit 18 Stimmen und J. Paulsen mit 15 Stimmen, beide in Hamburg III, gegen 7 Stimmen.

In der 4. Abtheilung zwischen Fuß in Reiherstieg mit 22 Stimmen und C. Hammer in Hamburg IV mit 11 Stimmen gegen 22 Stimmen.

10. Abtheilung zwischen P. Fellenberg mit 66 Stimmen und L. Rauschning in Königsberg mit 50 Stimmen gegen 116 Stimmen auf drei andere Kandidaten.

16. Abtheilung zwischen R. Helmrich in Berlin D mit 55 und Stieffenhofer in Charlottenburg mit 38 gegen andere 29 Stimmen.

22. Abtheilung zwischen E. Ulbricht in Dresden-Neust. mit 209 und J. Wappler in Potschappel mit 170 gegen 82 Stimmen.

30. Abtheilung zwischen E. Nitzschmann in Eutritzsch mit 125 und R. Schönau in Sellerhausen mit 121 gegen 36 Stimmen.

31. Abtheilung zwischen C. Liebig in Leutzsch mit 108 und H. Haferkorn in Volkmarsdorf mit 85 gegen 240 Stimmen auf 5 andere Kandidaten.

32. Abtheilung zwischen Böckmann in München mit 130 und W. Blum in München-Schwabing mit 126 gegen 245 Stimmen auf 4 andere Kandidaten.

36. Abtheilung zwischen G. Richter in Ulm mit 165 und J. Staib in Schwäbisch-Gmünd mit 162 gegen 300 Stimmen auf 8 andere Kandidaten.

37. Abtheilung zwischen Krämer in Stuttgart mit 129 und Roller in Gaisburg mit 105 gegen 144 Stimmen.

38. Abtheilung zwischen Köhl in Lahr mit 199 und Fischer in Freiburg i. B. mit 115 gegen 89 Stimmen.

47. Abtheilung zwischen A. Schermuly in Frankfurt a. M. mit 38 und G. Greiner in Bockenheim mit 36 gegen 7 Stimmen.

48. Abtheilung zwischen Fuchs in Griesheim mit 168 und Ch. Seib in Castel mit 82 gegen 193 Stimmen auf 4 andere Kandidaten.

49. Abtheilung zwischen L. Heck in Hanau mit 118 und Ph. H. Schäfer in Langendiebach mit 108 gegen 62 Stimmen.

50. Abtheilung zwischen C. Korbig in Gießen mit 98 und J. Scheib in Hasselbach mit 83 gegen 64 Stimmen.

55. Abtheilung zwischen Th. Koch in Hemelingen mit 88 und Schweida in Bremen mit 32 gegen 8 Stimmen.

56. Abtheilung zwischen A. Bieck in Winsen mit 72 und O. Voigt in Harburg mit 59 gegen 92 Stimmen auf 3 andere Kandidaten.

59. Abtheilung zwischen J. Reucher in Kalk mit 243 und und Ch. Neu in Koblenz mit 169 gegen 88 Stimmen.

60. Abtheilung zwischen A. Hammer in Hörde mit 175 und B. Lewes in Gelsenkirchen mit 172 gegen 147 Stimmen.

61. Abtheilung zwischen Sprave in Hagen mit 177 und Köbel in Elberfeld mit 153 gegen 26 Stimmen.

62. Abtheilung zwischen J. Laumen in M.-Gladbach mit 185 und Kunisch in Düsseldorf mit 138 gegen 128 Stimmen.

Die Resultate der Stichwahlen müssen spätestens am 15. Dezember in Händen des Vorstandes sein. Später eingehende Resultate dürfen nicht berücksichtigt werden.

Die Ortsverwaltungen derjenigen Wahlabtheilungen, in welchen Stichwahlen erforderlich sind, haben dafür Sorge zu tragen, daß die Wahlversammlungen zeitig genug stattfinden.

Der Vorstand.
J. A.: G. Blume.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 ₰.)

Braunschweig. Sonnabend, 5. Dezember, Abends 8½ Uhr, im „Rheinischen Hof", Wendenstraße 45.

Hamburg. Dienstag, 1. Dezember, bei Wwe. Tütge, Valentinskamp. Tagesordnung: 1. Höhere Beiträge und der Beschluß des Vorstandes. 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell. Sämmtliche Mitglieder sind **verpflichtet**, zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Quakenbrück. Sonntag, 29. November, Nachmittags 4 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tages Ordnung: U. A.: „Die Konferenz der Verwaltungsstellen Nord-Deutschlands". Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist dringend nothwendig.

Schwölln. Sonnabend, den 5. Dezember, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Börse".

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Alfeld a. d. L. Bevollm. **Hermann Baake**, Paulistraße 10. Kassirer **Robert Grünig**, Seminarstr. 21. Reiseunterstützung bei **L. Bause** (Herberge), Parkstraße 9.

Darmstadt. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß von jetzt ab die Reiseunterstützung bei **J. Wurm**, Magdalenenstr. 14, ausbezahlt wird. Die Ortsverwaltung.

Ratingen. Bevollm. **August Scholl**, Oberstraße 76. Kassirer **Johann Reinecke**, Bechemerstr. 42. Die Versammlungen finden regelmäßig Samstags, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Clemens, Bechemerstr., statt. Daselbst befindet sich auch die Herberge.

Wilhelmshaven-Bant. Bevollmächtigter **Fr. Janßen**, Berl. Börsenstr. 82, Eingang Mittelstr. Reiseunterstützung und Arbeitsnachweis bei **Ed. Johannsen**, Grenzstr. 36, I.

Aufforderung.

Der Tischler **Gustav Schuster**, Buch-Nr. 43799, zur Zeit in Swinemünde wohnhaft, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der hiesigen Verwaltungsstelle gegenüber binnen 14 Tagen nachzukommen, widrigenfalls wir uns genöthigt sehen, andere Maßregeln zu ergreifen.

Ferner ersuchen wir die Verwaltungsbeamten, wenn der Tischler **Julius Mannz**, Buch-Nr. 95165, sich irgendwo meldet, ihn anzuhalten und ihm die Sammelliste Nr. 10, welche derselbe von hier mitgenommen hat, abzunehmen, oder uns den Aufenthalt mitzutheilen, damit wir weitere Maßregeln veranlassen können.

Die Ortsverwaltung Wolgast.
M. Zänkert, Bevollmächtigter,
[1,90] Schifferstr. 17, Hof, 1 Tr.

Aufforderung.

Der Tischler **Otto Schüler**, Buch-Nr. 109468, geb. zu Nordhausen am 12. März 1877, ist nach Unterschlagung von Verbandsgeldern und einer Sammelliste von hier verschwunden. Wir bitten, denselben anzuhalten und seine Adresse hierher mitzutheilen, oder an den Hauptvorstand einzusenden.

Die Ortsverwaltung Bremerhaven.
J. A.: **C. Hildmann**,
Geestemünde, Garnenstraße 12.

Zur Beachtung!

Die Herberge für organisirte Holzarbeiter, „Gasthaus zur Linde", ist aufgehoben. Die durchreisenden Kollegen haben sich an unseren jetzigen Kassirer, **Georg Disch**, Schreiner, wohnhaft bei J. Schneider, Unterer Armet, zu wenden, um Reiseunterstützung zu erhalten.

G. Aberle, Bevollmächtigter.
[1,—] Fattmangen (Baden).

Kollege **Otto Wegmann** aus Burg bei Magdeburg, bitte um Nachricht.
H. Driewer,
Lange (Lippe), Sedanstr. 2.

Kollege **Max Wehnert**, wo bist Du? Dein Kollege **G. Schellworth**,
Stuhlfabrik in Bethelsdorf bei Freiberg.

Kollege **Hans Ueh** aus Bamberg, wo steckst Du? Was soll ich mit Deinem Koffer machen? Kollegen, welche den Aufenthalt des Obigen wissen, werden um Mittheilung gebeten. Unkosten werden vergütet.
Joh. Böcklein,
Vorsitzender der Verwaltungsstelle Nürnberg.

Gustav Milkereit, Tischler, aus Schreitlaken, wo steckst Du? Sende mir sofort Deine Adresse. **Carl Rode**, Drechsler,
Neustrelitz.

Ein Techniker

gesucht von einer **größeren Bautischlerei** zum **Anfertigen** von **Werkzeichnungen, Beaufsichtigen der Bauarbeiten** 2c.
Offerten erbeten unter **S. D. 349** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Frankfurt a. M.**

Gesucht ein Möbeltischler

zu sofort. **A. Wellert, Mirow i. M.**

Mehrere tüchtige Tischler

werden auf dauernde Arbeit zum sofortigen Antritt gesucht.
Möbel-Fabrik Anton Guhlmann,
Neustadt b. Chemnitz i. S.

6—8 Möbeltischler

finden sofort dauernde Beschäftigung in der Möbelfabrik mit Dampfbetrieb von
Wernicke & Rohde,
Barth (Pommern).

Vier geschickte Stuhlmachergesellen

können gleich feste Arbeit erhalten.
Justesen's Stuhlfabrik,
Randers (Dänemark).

Tüchtige Drechsler

sucht per sofort
Richard Saalfeld, Möbelfabrik,
Helmstedt (Herzogth. Braunschweig).

Kammmacher

finden dauernde Beschäftigung auf Haarschmuck bei **R. Krönert Nachf.,**
Berlin, Krautstraße Nr. 38.

Zwei Korbmacher

auf Ein- und Zwei-Deckel-Körbe finden sofort bei gutem Lohn dauernde Arbeit in der **Korbfabrik** von
Reinhold Hoffmann,
Dresden-Blasewitz 148.

Gesucht ein Korbmachergehülfe

auf Gematt. Dauernde Beschäftigung.
J. Schilling, Herzhorn (Holstein).

Gesucht zwei Korbmachergesellen

auf Gematt.
J. Prigge, Borstel (Altenlande).

Zwei Korbmachergesellen

auf Mattarbeit sucht
Th. F. Schaumburg, Korbmachermstr.
Naumburg a. d. S.

Zwei Korbmachergesellen

auf groß und klein geschlagene Arbeit erhalten sofort dauernde Beschäftigung. Gute Winter Werkstatt.
Fr. E. Brämer, Korbmachermstr.
Tramburg.

Bürstenmacher,

tüchtiger Pecher und Einzieher, für dauernd gesucht. **R. Borrmann,**
Breslau, Neue Schweidnitzerstr. 9.

Tischlerwerkzeuge Ia.

Anerkannt das Beste, was in dieser Branche nur geliefert werden kann, fabrizirt und hält auf Lager **H. Himstedt**, Hamburg, Lange Mühren 86/87. Preislisten a. Wunsch z. Diensten.

Feinste Konzert-Ziehharmonika

„Miranda"

mit 2 chör. starkem Orgelton 35 cm groß, 10 Tasten, 2 Register, 2 Bässe, 20 Doppelstimmen, Zuhalter, 2 Doppelbälge mit Stahlschutzecken. Feinste prima Taubenfedern, **für welche 10 Jahre Garantie leiste.** Offene Nickelklaviatur, reicher Nickelbeschlag. Preis nur ℳ 5,—, mit Glocke ℳ 5,50, ein 3-chör. Prachtinstrument kostet nur ℳ 7,—, mit Glocke ℳ 7,50. Selbsterlernschule, Packkiste, Preisliste umsonst. Porto 80 ₰. Zurücknahme, wenn Harmonika nicht erhält. Zu beziehen bei **Friedrich Schmerbeck** in **Neuenrade i. Westf.** Viele Zeugnisse! Zum Beispiel schreibt Herr F. Knaak in Lübeck: Erhaltene Harmonika für ℳ 5 muß ich sehr loben und ist zu meiner Zufriedenheit, hier kann man eine solche nicht unter ℳ 12 kaufen usw.

Zeichen-Bureau!

vor 9 Jahren spez. für d. **Gebiet der Tischlerei** gegründet, liefert **Bleistift-Entwürfe** im Maßstabe 1 : 10 nach Angabe, sowie auch **naturgroße Werkstatt-Zeichnungen.**

Neues Vorlagenwerk für d. Bautischlerei,
30 Tafeln, nur praktische Skizzen, Maßstab 1 : 10, mit Kalkulation für Zeit und Material, ℳ 13 in Farbendruck.

Neues Vorlagenwerk f. d. Möbeltischlerei,
30 Tafeln, einfach ausführbare Entwürfe, Maßstab 1 : 10, mit Kalkulation für Zeit und Material, ℳ 12 in Farbendruck.

Belehrung über korrekt zu machende Kosten-Voranschläge wird jedem Werke gratis beigefügt.

Ernst Rettelbusch,
früher Tischler, Zeichner und Werkführer,
jetzt technisches Bureau für Tischlerarbeiten,
Nürnberg, Burgschmiedstraße 19.

Cirka **10300** Stück

Zug-Harmonika's

mit meiner in verschiedenen Ländern **patentirten,**

in Deutschland patentamtlich geschützten, unter D. R.-G.-M. W. 47462 eingetragenen und von mir selbst erfundenen Claviatur mit **Spiral-Tastenfederung** sind bereits seit 3 Monaten (Mai, Juni, Juli 1896) verkauft! Nicht **eine** Reclamation wegen Brechen od. Lahmwerden meiner neuen Tastenfederung ist in dieser Zeit eingegangen. **Ich garantire nach wie vor 10 Jahre für diese Federn!**

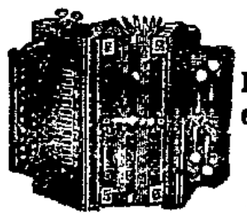
1000 Mk.

zahle ich demjenigen Fabrikanten od. Händler, welcher mir den Nachweis erbringt, daß er die gleiche Anzahl Zieh-Harmonika's in dem oben angegebenen Zeitraume an Private abgesetzt hat. Ein weiterer Beweis für die Vorzüglichkeit meiner Instrumente wird dadurch überflüssig: Jedermann wird die Ueberzeugung gewinnen, daß man im größten Geschäfte in der Regel auch am besten und billigsten kauft!

Für nur **5 Mark 70 Pfg.**

versende ich meine bekannten, vorzüglichen Instrumente mit obiger patentamtlich geschützten Federung versehen, 2-chörig mit Orgelton, 10 Tasten 40 breiten Stimmen, 2 Bässen, 2 Registern, offener Nickel-Claviatur mit einem breiten Nickelstab umlegt, gutem starkem Balg mit 2 Doppelbälgen, 2 Zuhaltern sortirtem Falten, mit Stahl-Eckenschonern und brillanten Nickelbeschlägen. Größe dieses Pracht-Instrumentes 35 cm.

Dasselbe Instrument 3-chörig mit 3 Registern Mk. 7.50. Dasselbe Instrument 4-chörig mit 4 Registern Mk. 8.50. Verpackung und Selbsterlernschule umsonst. Porto 80 Pfg. Man bestelle beim Erfinder *Heinr. Suhr* in *Neuenrade.*



10 Jahre Garantie

leiste ich für das Brechen oder Erlahmen der Tastfedern meiner

Konzert-Zug-Harmonika

„Westfalia"!

Eine solche Harmonika, 2chörig, 10 Tasten, 2 Register, 2 Doppelbässe, 20 Doppelstimmen, 2 Zuhalter, offene, mit Nickelstab umlegte Klaviatur, 2 Doppelbälge mit stählernen Eckenschonern, 36 Centimeter gross, stark gebaut und leicht spielend, **kostet bei mir nur Mk. 5! mit Glockenspiel Mk. 5.50,** 3chörig mit 3 echten Regist. **nur Mk. 7,50,** 4chörig mit 4 echten Regist., Grösse 38 cm, **nur Mk. 9,** mit 2 Reihen (19 Tasten), 4 Bässen, 4chör Orgelmus., Grösse 38 cm, **nur Mk. 12.** Versand gegen Nachn. Selbsterlernschule u. Kiste umsonst. Porto 80 ₰. **Man bestelle b. grossen Exporthause v. Robert Husberg,** Neuenrade (Westf.)

Trockenanlagen,

sowohl für **Bau- als Nutzhölzer, Zündhölzer, Parquet etc.** liefert vorzüglich die Spezialfabrik
E. Sturm, Ingenieur, Würzburg.

Für Hausfrauen!

Annahme alter Wollsachen

aller Art gegen Lieferung von Kleider-, Unterrock- u. Mantelstoffen, Damentuchen, Buckskins, strickvolle, Portièren, Schlaf- und Teppichdecken in den neuesten Mustern zu billigen Preisen durch
R. Eichmann, Ballenstedt a. H.
Leistungsfähigste Firma.
Muster umgehend frei.

Genossen! Kauft nur den Bleistift „Solidarität" von **Jean Blos, Stein bei Nürnberg.**

Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte.

Comptoir: Hamburg. Admiralitätstrasse No. 23.
Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpoliren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt Garantie d. Oelausschlagen

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectifizirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrole.

Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889."

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille", Lübeck.

Verlag: A. Röske. — Druck: Hamb. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.